

zwanzigplus

Erscheint anlässlich des Gründungsjubiläums der Fraktion

6. Mai 2010



Zurück blicken, vorwärts denken

Warum sich Geschichte nicht wiederholt, aber alles schon mal da war Von Peter-Rudolf Zotl

Irgendwann billigt einem die Umwelt nur noch das Langzeitgedächtnis als einigermaßen intakt zu. Dann wird man regelmäßig zu Jubiläen und Jahrestagen befragt. Ich werde inzwischen immer öfter zu Jubiläumsreden gebeten. Wenn ich dann sage, dass Geschichte sich eigentlich nicht wiederholt, aber dennoch alles schon einmal da war, ernte ich zumeist nachsichtiges Lächeln. Das Heute sei doch singulär und immer erstmalig.

Momentan führt DIE LINKE eine existenzielle Auseinander-

»Wir zahlten viel Lehrgeld für die Erkenntnis, dass die Wahrheit selten so oder so, sondern meist so und so ist.«

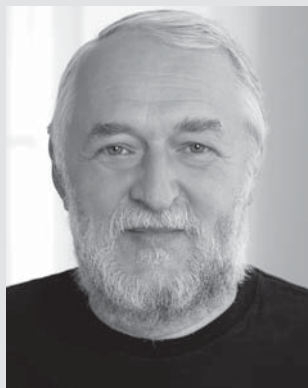
setzung darüber, ob der außerparlamentarischen oder der parlamentarischen Arbeit die volle Weihe des Linksseins gebührt. Ob unser Platz mitten in der Gesellschaft oder bei denen ist, die an den Rand gedrängt sind. Ob wir die Knete anders verteilen oder auch beschaffen sollten. Ob staatliches Eigentum oder gesellschaftliche Einflussnahme auf das Eigentum die zentrale Weichenstellung für soziale Gerechtigkeit darstellt. Ob Regierungskoalitionen eher Belastung oder Nagelprüfung für Politikfähigkeit sind.

Erinnert das nicht an so manchen unserer Konflikte aus den letzten zwanzig Jahren? An verschiedenfarbige Strategiepapiere, an das Ausloten unserer gesamtstaatlichen Verantwortung als Opposition, an den schweren Weg zum Erfassen haushaltspolitischer Relevanz, an die Tü-

cken im transparenten Umgang mit Geschichte und Biografien? Geschichte wird uns nie sagen, wie man etwas in Zukunft richtig machen kann. Sie zeigt uns aber, was man nie wieder falsch machen darf. Und dazu gehören in erster Linie diese unseligen Oder-Fragen, die uns in den letzten zwanzig Jahren über manche Irr- und Schlängelwege geführt haben.

In der Stadtverordnetenversammlung entschieden wir uns für eine konstruktive Opposition. In unserer frühen Abgeordnetenhausphase verwarfen wir diese Position als Relikt einstigen Staatspartei-Denkens und weil die Opposition nicht das Geschäft der Regierung betreiben dürfe. Ab der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wurden wir uns einig, dass es nicht nur um Konstruktivität bei der Überwindung, sondern zunächst bei der sozialen Ausgestaltung des Systems gehen muss. Und erst da verließen wir den Sandkasten, kamen in der Realität an, stellten die richtigen Fragen, und mit ihrer Beantwortung wurde der Weg in die Regierungs- und wirkliche Gestaltungspolitik geöffnet.

Wir zahlten viel Lehrgeld für die Erkenntnis, dass die Wahrheit selten so oder so, sondern meist so und so ist. Dass Prinzipien unverzichtbar sind, aber dass diese nicht in Dogmen ausarten dürfen. Und dass man Konflikte nur lösen kann, wenn man sie vergesellschaftet, nicht, wenn man sie versteckt. Lohnt es sich nicht, unser aller Langzeitgedächtnis zu aktivieren und gerade jetzt ein wenig in den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre zu kramen? ■



Damals wie heute dabei

Gute Kandidatinnen und Kandidaten gab es vor 20 Jahren nicht wenige: erst für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung im Mai und dann für die erste Gesamtberliner Abgeordnetenhauswahl im Dezember 1990. Da umfasste die Landesliste der PDS sage und schreibe 68 Vorschläge. Streng quotiert nach Ost und West, Frauen und Männern,

Partei-Mitgliedern und Partei-Unabhängigen. Der damalige Spitzenkandidat **Peter-Rudolf Zotl** ist heute noch Mitglied der Fraktion. **Marion Seelig**, 1990 auf Platz 2 der Landesliste, ist heute stellvertretende Fraktionsvorsitzende. **Harald Wolf**, damals auf Platz 6, ist heute Senator und Bürgermeister in Berlin. **Carola Bluhm**, die da noch Freundl hieß und auf Platz 19 nominiert wurde, ist

seit verganginem Jahr Senatorin. **Steffen Zillich** ist ebenfalls Abgeordneter der Fraktion, damals war er Listenplatz 13. Und **Martina Michels**, heute stellvertretende Fraktionsvorsitzende, wurde 1990 auf Platz 21 nominiert. Dahinter, auf Platz 24, kam unsere aktuelle Kandidatin für den Parteivorsitz, **Gesine Lötzsch**, und unsere Bundestagsvizepräsidentin **Petra Pau** wurde auf Platz 61 gesetzt. Da-

vor stand schon, auf Platz 57, **Dagmar Pohle**, ebenfalls lange in der Fraktion, die heute für uns Bürgermeisterin in Marzahn-Hellersdorf ist. Noch immer dabei auch unser Fraktionsvorstandsmitglied **Wolfgang Brauer**, damals auf Platz 47. Ebenfalls stadtbekannt – **Michail Nelken** – heute ist er Stadtrat in Pankow, damals stand er auf Listenplatz 28.

© Bildarchiv Neues Deutschland (7), Landesarchiv Berlin/Stefane Jacob, Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus (3)



Erste Gesamtberliner PDS-Fraktion im Roten Rathaus.

1. Reihe: (v.l.n.r.) Sigrun Steinborn, Elisabeth Schmidt, Martina Michels, Gesine Lötzsch, Wolfram Adolphi. 2. Reihe: Heiko Horn, Dagmar Pohle, Karin Dörre, Bettina Pech. 3. Reihe: Horst Kellner, Dieter Klein, Elke Herer, Peter-Rudolf Zotl, Wolfgang Girmus © Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus

So hat Berlin uns gewählt

	in Prozent
Wahl zur Stadtverordnetenversammlung Berlin Ost	
06.05.1990	30,08 42 Mandate
Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin	
02.12.1990	9,2 23 Mandate
22.10.1995	14,6 34 Mandate
10.10.1999	17,7 33 Mandate
21.10.2001	22,6 33 Mandate
17.09.2006	13,4 23 Mandate

Gregor Gysi: Gemeinsame linke Politik für Berlin

»Die Politik der Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus gehört sicher zu den spannendsten Momenten in der Geschichte der Linken. Die Herausforderungen hätten kaum größer sein können, als es darum ging, eine Politik für eine durch 40 Jahre Kalten Krieg auch kulturell geteilte Stadt zu entwickeln, und zwar mit einer Berliner Linken aus Ost und West mit völlig unterschiedlichen Traditionen, Erfahrungen und Biografien. Die spezifischen Verhältnisse in Berlin zwangen



4. April 1998: Gregor Gysi auf dem Wahlparteitag der PDS in Rostock. © ARS

zum gemeinsamen Handeln. Ihnen blieb keine andere Wahl als sich zu einer gemeinsamen linken Politik für die Stadt zusammenzufinden. Das Experiment war erfolgreich – zunächst in der Oppositionsrolle und seit acht Jahren im Senat von Berlin.

Ich wünsche der jetzigen Fraktion vor allem Durchsetzungsvermögen und Hartnäckigkeit bei der Umsetzung von politischen Zielen im Interesse der Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner.«



© Landesarchiv Berlin/Edmund Kasperski

Konstituierung in Sankt Nikolai

Echten Neubeginn verpasst Von Rainer Brandt

Dort, wo die Stadt am ältesten ist, konstituierte sich am 11. Januar 1991 das erste Gesamtberliner Abgeordnetenhaus – in Sankt Nikolai. Doch schon dieser schlichte Satz birgt politischen Zündstoff. Begann nun die erste Legislaturperiode eines neuen Landesparlaments, wie die PDS meinte? Oder sollte die Westberliner Zählung einfach fortgesetzt werden, wie es die CDU wollte? Es wurde die 12. Sitzungsperiode – dank SPD. Die hatte zwar vorher für einen Neubeginn plädiert, stimmte aber brav mit der Union, als es zum Schwure kam.

Zur Feier des Tages, meldete die »BERLINER LINKE« damals, war auch reichlich Polizei aufmarschiert. Sie kam in Bewegung, als die PDS-Fraktion vor der Kirche ein Transparent entrollte: »Kein Krieg am Golf!« und hätte dem Abgeordneten Norbert Pewestorff fast den Zugang verwehrt. Er musste seine Stullenbüchse aus Blech auspacken. Auch drinnen fielen klare Worte. »Krieg darf heute keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln mehr sein.« Die

Wehrpflicht sei »umgehend abzuschaffen«. Waffenexporte sollten »strafrechtlich geächtet« werden. Überhaupt stände Berlin ein »radikaler Pazifismus« gut zu Gesicht. Nein, diese Zitate stammen nicht von der PDS, sondern von Wolfgang Wieland namens der Alternativen Liste, heute Bündnis 90/Die Grünen.

Es war eine »historische Sitzung«, schrieben Zeitungen hernach. Nun ja, zumindest schuf sie Klarheit, wer im Hohen Hause das Sagen hatte: eine große Koalition aus CDU und SPD. Die alte Westberliner Verfassung wurde auf die Gesamtstadt erstreckt, obwohl im Ostteil gerade erst eine neue, und auch bessere, von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet worden war. Die Geschäftsordnung des neuen Parlaments verwehrt die Bürgerbewegten vom »Neuen Forum« und von der »Vereinigten Linken« den Fraktionsstatus. Und die geforderte Aktuelle Stunde zum Thema »Berlin auf dem Weg zur Armutsmetropole« wurde kurzerhand von der Tagesordnung gestimmt. ■

Berliner Erfahrungen machen Mut

Warum ich keine Scheu vor Zerreißproben habe Von Gesine Löttsch

3.500 Zeichen für 20 Jahre Fraktionsleben, das ist nicht wirklich viel. Schon mein dafür gefertigter Stichwortzettel umfasst 3.700 Zeichen – ohne Leerzeichen! Doch ich will mich nicht beklagen. Hier ein paar Stichwörter, die jedes ehemalige und heutige Fraktionsmitglied mit seinen Erinnerungen verknüpfen kann: Rot-grüner Senat – Sturmung der Mainzer Straße; Abwicklung – Interflug, KWO, Akademie der Wissenschaften, Humboldt-Universität; Straßenumbenennung – aus Clara-Zetkin- wird Dorotheenstraße; Finanzbescheid – die Partei soll zerstört werden, Hungerstreikkomitee; Fraktionsklausur im Ferienlager Priors – Übernachtung in Doppelstockbetten; Wahlsieg – erster linker Wirtschaftssenator in Berlin, rot-rote-Koalition – Landowsky-Sumpf trocken gelegt; Wahlniederlage; 2. Chance ... Ich will mit dem unsystematischen Stichwortzettel enden. Je länger ich über die Zeit nachdenke, desto mehr Erinnerungen werden wieder wach. Als designierte Parteivorsitzende werde ich in Artikeln als Ost-Frau und Klaus Ernst als der Bayer vorgestellt. Dabei bin ich doch

»In Berlin wurde also die Fusion von Ost- und West-Linken vorweggenommen. Früher hätten wir uns Schrittmacher genannt. Doch dieses Wort habe ich schon lange nicht mehr gehört.«

Ur-Berlinerin! Bevor an eine Fusion von PDS und WASG zu denken war, haben wir Berliner die Mauer zwischen Ossi und Wessi abgetragen. Berliner ist nicht ganz richtig, denn in Ost-Berlin lebten Menschen aus der ganzen DDR, wie in West-Berlin die ganze Bundesrepublik vertreten war. In Berlin wurde also die Fusion von Ost- und West-Linken vorweggenommen. Früher hätten wir uns Schrittmacher genannt. Doch dieses Wort habe ich schon lange nicht mehr gehört. Wenn ich heute gefragt werde, ob die Partei nicht vor dem Bundesparteitag vor einer Zer-

reißprobe steht, dann muss ich an meine Zeit in der Berliner Fraktion denken. Zerreißproben gab es jede Woche drei Mal! Ich erinnere mich an die ständig wiederkehrenden MfS-Diskussionen, an Fraktionsmitglieder, die wir ausschlossen und dann wieder aufnahmen, an Fraktionsmitglieder, die »schwebten« und dann doch wieder auf dem Boden der Fraktion landeten.

Natürlich gab es gravierende kulturelle Unterschiede in der Fraktion: Der Hausbesetzer und Unternehmer aus Hessen saß in der Fraktionssitzung neben dem akkurat im Dreiteiler gekleideten Ostberliner Anwalt. Die Abgeordnete aus der DDR-Bürgerbewegung sah unsere Fraktion als ihre Heimat und nicht die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen. Ich erinnere mich

an eine PDS-Abgeordnete, die immer barfuß ans Rednerpult ging und deshalb von der Präsidentin Laurien zur Ordnung gerufen wurde. 20 Jahre PDS-bzw. DIE LINKE-Fraktion bieten Stoff für einen Kinofilm oder eine Vorabendserie bei Pro 7. Rückblickend muss ich feststellen, dass wir alle Zerreißproben als Fraktion überstanden haben. Als ich 2002 in Lichtenberg das Direktmandat gewann, zog ich mit Petra Pau allein in den Bundestag ein – ohne eine starke Fraktion. Das war eine prägende Erfahrung, die ich nicht vergessen werde. Auch wenn wir viele Zerreißproben überstanden haben, gibt es keine Garantie für die Existenz einer linken Partei in Deutschland. Wir können die

Wenn ich im Mai als Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE gewählt werden sollte, dann werde ich meine Berliner Erfahrungen nicht vergessen.

Abstürze linker Parteien in ganz Europa beobachten. Auch die PDS kämpfte nach der Wahlniederlage um das Überleben. Die Fusion der PDS mit der WASG war die Rettung! Gemeinsam haben wir in zwei Jahren die Bundesrepublik verändert. Wir haben gezeigt, dass wir unsere Ziele auf sehr unterschiedliche Weise verfolgen können, sei es in der Opposition oder in der Regierung. Wenn ich im Mai als Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE gewählt werden sollte, dann werde ich meine Berliner Erfahrungen nicht vergessen. Sie machen mir Mut und geben mir Zuversicht. Doch diese Erfahrungen flößen mir auch Ehrfurcht ein: Wir haben die Pflicht, etwas für die Menschen zu tun, die uns gewählt haben. Das erfordert Respekt und Solidarität innerhalb der Partei. ■

Gesine Löttsch war bis 2002 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Seitdem ist sie für DIE LINKE im Bundestag. Sie kandidiert im Mai auf dem Bundesparteitag für das Amt der Parteivorsitzenden.

MIT ELAN INS NEUE JAHR!

Wir werden 15!
Noch'n echt
junget Gemüse, wa!



Fraktionspost zum Jahreswechsel 2005

Karikatur: Klaus Stuttmann

Suchen und Streiten bis tief in die Nacht

© Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus (2)



1991
Auf den Fraktions-sitzungen im Keller des Rathauses Schöneberg gab es in schwieriger Phase zahllose Diskussionen: stets lang, oftmals quälend.
Links, v.l.n.r.: Gesine Löttsch, Martina Michels, Peter-Rudolf Zottl, Wolfram Adolphi, Horst Kellner
Rechts, v.l.n.r.: Heiko Horn, Norbert Pewestorff, Dagmar Pohle, Karin Dörre, Carola Freundl





Von Ost nach West und dann in Ost und West

Hier arbeitete die Fraktion: Im Roten Rathaus in der Stadtverordnetenversammlung, im Rathaus Schöneberg, im Nordsternhaus und in der Oberwasserstraße, ehe das Plenum am 28. April 1993 an den Sitz des ehemaligen Preussischen Landtags zog.

© Elke Brosow (5)

Der Erste

Peter-Rudolf Zotl im Porträt Von Günter Kolodziej

Er liebt es, die Dinge zu erklären. In tadelloser Syntax selbstverständlich. Und ziemlich ausführlich. So findet jeder, der um Peter-Rudolf Zotls Rat nachfragt, erstens stets ein offenes Ohr, sollte aber zweitens ein wenig Zeit mitbringen. Dafür allerdings darf er sich drittens gewiss sein, dass die ihm erteilte Auskunft wohl durchdacht und frei von Berechnung ist.

Sucht man ein Adjektiv, um Peter-Rudolf Zotl zu beschreiben, stößt man sehr schnell auf das Wort »integer«. Als Hauptcharakteristikum. Nachgeordnete, aber nicht minder zutreffende Begriffe sind: zuverlässig, pflichtbewusst, fleißig. Old School sozusagen, eine Spezies Politiker, die heutzutage, außer in den eigenen Reihen natürlich, eher selten anzutreffen ist.

Peter-Rudolf Zotl war der Erste. Vorsitzender der PDS-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung 1990 und dann im Abgeordnetenhaus von 1993 bis 1995. Zu einer Zeit also, in der sich die politische Konkurrenz, aber auch der große Teil der Medien, noch darin gefielen, die PDS wie Unberührbare zu behandeln. Weil nicht sein konnte, was nicht sein durfte, wurde unsere Politik entweder beschimpft, belacht oder totgeschwiegen. Auf der anderen Seite gab es auch bei uns die durchaus verbreitete Einstellung, jeden Kontakt mit den »feindlich-negativen Kräften« in der Welt draußen tunlichst zu meiden. Eine komplizierte Ausgangssituation, die dadurch erschwert wurde, dass die Fraktion noch um ihr Selbstverständnis im neuen politischen System ebenso ringen musste wie sie die politisch-moralischen Altlasten der Vergangenheit aufzuarbeiten hatte. Es gab zahllose Diskussionen, sie waren stets lang, oftmals

quälend und nicht immer kulturvoll.

Dass diese schwierige Phase im Ergebnis erfolgreich durchgestanden wurde, ist auch und nicht zuletzt ein bleibendes Verdienst Zotls. Weil er zuhören konnte, weil er die vornehmste Pflicht eines Wissenschaftlers, neue Gedanken vorurteilsfrei zu prüfen, in sein politisches Leben mitnehmen können und weil er moralisch über jeden Zweifel erhaben war, war er der Richtige für den Job, der ein hohes Maß an Integrationskraft erforderte.

Es ist eine große historische Ungerechtigkeit, dass Peter-Rudolf, der dem Neuen immer aufgeschlossen gegenüber stand, von den anderen Parteien und den Medien in erster Linie als Repräsentant des Alten und Überkommenen wahrgenommen und dargestellt wurde. Und es ist eine große politische Leistung, dass er, um der PDS die Chance für ein neues Image zu geben, den Fraktionsvorsitz abgab an Jüngere. Die Zurückhaltung und Loyalität, die er allen nachfolgenden Fraktionsspitzen entgegen brachte, hatte Stil und Klasse.

Sein Abgeordnetenmandat betreibt Peter-Rudolf Zotl mit großem Ernst. Die Verwaltungsreform betreibt er mit Hingabe, ebenso die Pflege seines Wahlkreises. Seine Newsletter sind legendär. Feinen Humor demonstriert er zuweilen in den Fraktionssitzungen der Linken, wenn er auf seine Weise dafür plädiert, dass Treue zu politischen Überzeugungen nicht zum Alibi für eine gewisse Bequemlichkeit im Denken werden darf. Er ist – ein Vorbild. ■

Günter Kolodziej war von 1995 bis 2002 Pressesprecher der Fraktion. Heute ist er stellvertretender Sprecher des Berliner Senats



5. März 1991, Plenarsitzung im Schöneberger Rathaus. Die Frauen in der ersten Reihe: links Marion Seelig, daneben Heike Mewes

© Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus

Debatten über eigene Geschichte

In unserer Fraktion haben viele Biografien Platz Von Stefan Liebich

»Es wird viel von Schuld gesprochen werden in der nächsten Zeit (...) und manch einer wird sich verleiten lassen, die Schuld bei anderen zu suchen ...«

Stefan Heym

Die Debatte über unsere Geschichte hat die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Anfang an begleitet, und das ist auch bei der Linksfraktion so geblieben. Ich war immer froh darüber. Schließlich hat erst die PDS eine bundesweit starke LINKE möglich gemacht, und die war eben die Nachfolgepartei der SED und wird es immer bleiben. Die DDR ist in unseren Reihen mehr als eine Fußnote der deutschen Geschichte und es wäre erstaunlich, wenn dies in der Stadt, die 28 Jahre durch die Mauer geteilt war, keine Rolle mehr spielen würde.

Als ich im Herbst 1995 das erste Mal in das Abgeordnetenhaus gewählt wurde, lagen hinter der Berliner PDS und ihrer Fraktion turbulente Debatten gerade zum Umgang mit der politischen Vergangenheit ihrer Amts- und Mandatsträger. Die neue Fraktion, nunmehr von einer Doppelspitze aus Harald Wolf und Carola Freundl geleitet, wollte

einen offensiven Umgang mit der Geschichte. Die erste Nagelprobe war der Umgang mit der Überprüfung der Abgeordneten auf eine Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit. Das offizielle Verfahren des Ehrenrats haben wir damals abgelehnt, weil dieser geheim tagte und von einem offenen und unabhängigen Verfahren keine Rede sein konnte. Die eigene Überprüfung unter Leitung des Berliner Rechtswissenschaftlers Uwe Wesel stieß auf Kritik im Parlament und in der Öffentlichkeit, und die Gauckbehörde verweigerte uns die Herausgabe von Akten.

Deshalb waren mir die Gespräche über die Biografien der Abgeordneten untereinander so wichtig. Wir haben uns dafür Zeit genommen und ich habe eine Menge über das Land gelernt, in dem ich groß geworden bin. Es macht eben einen Unterschied, ob man die DDR mit den Augen eines Bewerbers für eine hauptamtliche Tätigkeit beim MfS, eines SED-Funktionärs, der Opposition in der DDR oder der Alternativen Liste Westberlins betrachtet. All diese Biografien hatten in unserer Fraktion Platz, und wir haben einander zugehört.

Der tiefste Einschnitt in der Debatte war für unsere Partei sicher die Präambel des ersten

Koalitionsvertrages zwischen SPD und PDS. Nächtelang haben Klaus Wowereit, Michael Müller und Peter Strieder auf der einen Seite und Gregor Gysi, Harald Wolf und ich auf der anderen Seite um die Formulierungen gerungen. Dass die Silvestertage

»Das Schlimmste wäre, für das eigene Versagen den Feind verantwortlich machen zu wollen. Wie mächtig wird dadurch der Feind! ... Auch für die Arbeiterbewegung gilt, dass nur der sich der Zukunft zuwenden kann, der die Vergangenheit bewältigt hat ...«

Stefan Heym

2001/2002 nicht ausgereicht haben, sich auf ein gemeinsames, »objektives« Geschichtsbild zwischen SPD und PDS zu einigen, durfte niemanden überraschen. Gleichwohl war der gefundene Kompromiss für viele Mitglieder beider Parteien zu schmerzhaft, als dass sie ihn mittragen wollten. Der PDS kehrten viele langjährige Mitstreiterinnen und Mitstreiter den Rücken. Der SPD – und das war kein Trost – noch mehr.

Die Geschichte und die Debatte

darüber holte uns Jahr für Jahr ein, wenn wir der Luftbrücke, der Opfer der Berliner Mauer oder des Arbeiteraufstands am 17. Juni 1953 gedachten. Wir stritten über die Frage der Vereinigung von KPD und SPD zur SED, die Rolle der Blockparteien in der DDR und die Rolle der Sowjetarmee als Teil der Alliierten Besatzungsmächte in der geteilten Stadt. Jahrestage, Straßennamen, Denkmäler, Ehrenbürgerschaften boten immer wieder Anlass für heftige Debatten im Parlament, aber auch in der eigenen Fraktion. Mit Blick auf die Ehrenbürgerschaften für Nikolai E. Bersarin und Marlene Dietrich, die gemeinsame Veranstaltung von SPD und PDS anlässlich des 70. Jahrestages der Machtergreifung Hitlers und angesichts eines umfassenden Konzepts zum Gedenken an die Berliner Mauer – ausgerechnet erarbeitet von Rot-Rot und seinem Senator Thomas Flierl von der PDS – finde ich, dass die Debatten, auch wenn sie schmerzhaft waren, gelohnt haben und weiter lohnen. ■

Stefan Liebich gewann 2009 für DIE LINKE in Pankow ein Direktmandat für den Bundestag. Er war seit 1995 Mitglied und von 2002 bis 2006 Vorsitzender der Fraktion im Abgeordnetenhaus.



Ein gutes Team: Petra Pau und Peter-Rudolf Zotl © Bildarchiv Neues Deutschland

Abgeordnetenhaus von Berlin – 13. Wahlperiode,
19. Sitzung vom 28. November 1996

Die Wahrheit, gelassen ausgesprochen ...

Stellv. Präsident Führer: Meine Damen und Herren! In der Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Es hat aber der Abgeordnete Wolf nach § 65 unserer Geschäftsordnung um das Wort zu einer persönlichen Bemerkung gebeten. Hierzu hat er das Wort. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass Sie, da Sie

widrig und diffamierend, wenn Sie erklären, dass die PDS die Einschränkung der Freizügigkeit, den Bau der Mauer und die Toten an der Mauer rechtfertige. Das zeugt von mangelndem Differenzierungsvermögen und mangelndem rechtsstaatlichen Verständnis bei Ihnen, Herr Schönbohm.

[Gelächter bei der CDU]

Stellv. Präsident Führer: Herr Abgeordneter, § 65 erlaubt Ihnen, Angriffe zurückzuweisen, aber nicht, neue Angriffe auszuteilen.

[Beifall bei der CDU]

Wolf (PDS): Ich weise also die Angriffe zurück, die darauf beruhen, dass nicht differenziert wird zwischen der Kritik an einem unserer Ansicht nach nicht rechtsstaatlichen Verfahren, das das Rückwirkungsverbot aufhebt

[Zuruf des Abg. Pestworff (PDS)] und damit versucht, diese Frage juristisch und nicht politisch aufzuarbeiten. Diese Kritik



... sind hier alle. Wie wär's mal mit sozial? Wir machen Politik für Dich.
www.linksfraktion-berlin.de

in der Aussprache selbst nicht gesprochen haben, nur persönliche Angriffe zurückweisen können.

Wolf (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehöre ja durchaus zu den Freunden einer scharfen und pointiert geführten Debatte. Die Angriffe, die der Innensenator jedoch zu Beginn seiner Rede gegen meine Fraktion und damit auch gegen mich geführt hat, und zwar in wahrheitswidriger und diffamierender Form, muss ich hier entschieden zurückweisen.

[Beifall bei der PDS]

Es ist Ihnen bekannt, Herr Schönbohm, dass es nicht der Wahrheit entspricht, dass die Mitglieder des Politbüros Spitzenfunktionäre der PDS sind, sondern der Wahrheit entspricht, dass am Beginn



... sind hier viele. Wie wär's mal mit solidarisch? Wir machen Politik für Dich.
www.linksfraktion-berlin.de

Postkartenaktion für Jugendmesse YOU

steht nicht im Widerspruch zur eindeutigen politischen und moralischen Verurteilung von unserer Seite aus.

[Zuruf der Frau Abg. Toepfer-Kataw (CDU)]

Ich möchte den Innensenator daran erinnern, dass die Mitglieder der PDS-Fraktion die 34 direkt gewählten Vertreter von Direktwahlkreisen in Ostberlin sind. Eine Partei, wie Sie sie darstellen, wäre in Ostberlin in keinem Wahlkreis mehrheitsfähig. Insofern stellen Ihre Angriffe auch eine Diffamierung der Wähler in Ostberlin dar.

[Beifall bei der PDS – Zurufe von der CDU und von der SPD]

Diesen Ton mögen Sie vielleicht auf dem Kasernenhof gegenüber einem Unteroffizier anschlagen, aber nicht gegenüber der Fraktion der PDS.

[Beifall bei der PDS – Unmutsäußerungen bei der CDU]

Stellv. Präsident Führer: Herr Abgeordneter, ich habe Sie vorhin gebeten, sich zu den Angriffen zu äußern und nicht neue Angriffe zu starten. Ich möchte Sie zum letzten Mal ermahnen.

Wolf (PDS): Ich komme zu meinem letzten Satz. Uns beruhigt eins, nämlich die Gewissheit, dass wir auch dann noch eine politisch wichtige Rolle in dieser Stadt spielen werden, wenn Ihre Karriere hier längst beendet ist. – Danke!

[Beifall bei der PDS – Unmutsäußerungen bei der CDU]



... sind hier manche. Wie wär's mal mit gerecht? Wir machen Politik für Dich.
www.linksfraktion-berlin.de

[Dr. Heide (CDU): Modrow!] des Entstehens der PDS der Sturz des Politbüros und der Ausschluss der Mitglieder des Politbüros stehen.

[Beifall bei der PDS]

Modrow war nie Mitglied des Politbüros, Sie müssen sich zuerst einmal sachkundig machen.

[Beifall bei der PDS]

Es entspricht zweitens nicht den Tatsachen und die Behauptung ist wahrheitswidrig und diffamierend, dass die PDS die Niederschlagung des Arbeiteraufstands vom 17. Juni 1953 in irgendeiner Art und Weise rechtfertigt. Einer solchen Fraktion würde ich und würden auch die anderen Mitglieder der PDS nicht angehören.

[Beifall bei der PDS – Gelächter bei der CDU – Zuruf des Abg. Wansner (CDU)]

Drittens: Es ist wahrheits-

Sie läuft und läuft und läuft ...

Die Fraktion hat viel erreicht und über 2011 hinaus noch eine Menge vor Von Udo Wolf

An der Wand hinter meinem Schreibtisch steht ein Leitspruch meiner Vorgänger, der auch der meine ist: Alle wollen regieren, wir wollen verändern. Er stammt aus der Zeit vieler, oft allzu theoretischer Debatten in der Opposition: Was die Stadt wohl dringender brauche – einen Politik-

Inzwischen geht Berlin durch uns mit vielen guten Beispielen voran: bei der Bildung, von der Kita bis zur Gemeinschaftsschule, beim Mindestlohn und bei öffentlich geförderter Beschäftigung. Unser Berlinpass ermöglicht unbürokratisch Hartz IV-Empfangenden die Teilhabe

vielen, was die Mietpolitik betrifft, auf Landesebene alleine nicht zu regeln. Deshalb freuen wir uns, wenn wir in Bundestag und Bundesrat dabei Unterstützung erhalten.

Welche Auswirkungen es auf die Entwicklung der Mieten hat, beschäftigt uns aktuell auch

sitzern von Eigenheimen zum Verhängnis werden, die oft nur die laufenden Kosten aufbringen können. Da sind wir gefordert.

Genauso wie bei dem Thema, das Klaus Lederer und Harald Wolf maßgeblich voranbringen: die Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge. Seit dem Berliner Bankenskandal wissen wir, dass öffentliche Unternehmen nicht automatisch besser arbeiten als private. Und spätestens seit der aktuellen Finanzkrise und dem S-Bahn-Chaos in Berlin sind wir bestärkt, dass private nicht automatisch besser wirtschaften als öffentliche Betriebe. Es geht um die Frage des Umgangs, des Controllings, der Ziele.

Wir finden, dass Aufgaben der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand gehören. Und wir wollen, dass dort, wo vor unserer Regierungszeit privatisiert wurde, der Einfluss des Landes wieder ausgebaut wird.

Dass all das jetzt bei den Grünen und auch bei der SPD diskutiert wird, zeigt, dass wir die richtigen Themen angesprochen haben. Keine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, dass wir gerade erst unseren 20. Geburtstag feiern. Doch wir haben nicht nur das Zeug – wir sehen uns auch in der Pflicht, über 2011 hinaus in Berlin Regierungsverantwortung zu tragen. Und weil uns der Bund allzu oft bei unseren Vorhaben im Wege steht, wollen wir, dass es noch 1, 2, 3, viele richtigrote Regierungsbeteiligungen gibt. Zu verändern gibt es in der Stadt, erst Recht aber in der Republik, nämlich immer noch allerhand. ■

Udo Wolf ist seit Oktober 2009 Vorsitzender der Fraktion.



Nicht nur die tollen Lauf-Shirts sind inzwischen auch in anderen Bundesländern begehrt. Hier am Start (v.l.n.r.) Udo Wolf, Gabriele Hiller, Katina Schubert, Petra Pau und Elke Breitenbach © Thomas Nord

oder einen Regierungswechsel? Inzwischen tragen wir seit acht Jahren Regierungsverantwortung. Wir haben verändert, die Stadt, das Land und natürlich auch uns selbst.

Vor allem nach 2006 ist es uns gelungen, mit eigenen Schwerpunkten in einer roten Koalition erkennbarer zu werden. Das wiederum ging nur, weil wir in der Legislaturperiode zuvor ziemlich viel aufgeräumt haben, mit dem, was uns die große Koalition aus SPD und CDU hinterlassen hatte.

am kulturellen Leben und Mobilität in der Stadt. Mit uns gibt es Konzepte im Kampf gegen Diskriminierung, gegen Rechts-Extremismus, für mehr direkte Demokratie und auch bei der Integrationspolitik.

Aktuell haben wir soziale Wohnungspolitik erneut zu einem wesentlichen Schwerpunkt unserer Arbeit gemacht. Denn Mietpreisentwicklungen sind neben einer sozialen Polarisierung der Gesellschaft zentrale Triebkräfte für Verdrängung und Ausgrenzung. Leider ist

bei der Erarbeitung des Klimaschutzgesetzes. Mit ihm wollen wir noch 2010 eines der größten Potentiale Berlins für den sozial-ökologischen Umbau in Angriff nehmen: die Nutzung erneuerbarer Energien im umfangreichen Gebäudebestand der Stadt. Dazu zählt auch, dass Wohnungen energetisch saniert werden, was den Mieterinnen und Mietern auf längere Sicht viel bringt. Aber: Die Gefahr ist eben auch da, dass Mieter verdrängt werden oder Maßnahmen des Klimaschutzgesetzes den Be-

Michael Müller: Sportliche Wechsel

Gerne schreibe ich als Vorsitzender des Koalitionspartners eine Würdigung der Linksfraktion. Denn eine Leistung kommt mir sofort in den Sinn, wenn ich an sie denke – und diese sollte in dieser Festschrift keinesfalls zu kurz kommen: Die Linke ist die dynamischste Fraktion des Abgeordnetenhauses! Allenfalls die CDU kann ihr in dieser Disziplin vielleicht noch annähernd das Wasser reichen. Das mag überraschen, ist aber eindeutig belegbar.

So bin ich seit Mitte 2001 Vorsitzender der SPD-Fraktion. Im gleichen Zeitraum standen der Linken Wolf I., Liebich, Bluhm und Wolf II. vor. Gut, die CDU konnte dies mit Landowsky, Steffel, Zimmer, Pflüger und zur Zeit Henkel noch toppen, dafür deklariert die hier zu würdigende Fraktion alle anderen im zweiten we-

sentlichen Punkt. Dieser zweite Punkt hat mir – und ich glaube, da spreche ich für die gesamte SPD-Fraktion – weitaus mehr Probleme bereitet als der sportliche Wechsel an der Spitze. Ich kann mich noch gut erinnern, wie ein SPD-Abgeordneter eine Entscheidung der Koalition am Rednerpult loben wollte: »Das alles haben wir von der SPD gemeinsam mit der Fraktion ...« – doch da passierte es, dem Abgeordneten fiel verflucht nochmal der aktuelle Name des Koalitionspartners nicht ein. PDS, Linke, LinkePDS, PDS.Linke? Genau aus diesem Grund und aus keinem anderen, das möchte ich an dieser Stelle offiziell klarstellen, konnten wir manches Mal die Leistungen des Koalitionspartners nicht würdigen. In diesem Sinne wünsche ich der PDS PDS.Linke Linksfraktion für die Zukunft alles Gute.



Geschafft: Rot-Rot in Berlin ist besiegelt

2002 (oben) und 2006: Nach intensiven Verhandlungen steht die Koalition. Um jedes einzelne Wort wurde bis in die Nacht gerungen.

© Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus, Katina Schubert





Die Fraktion in der 13. Wahlperiode (1995 bis 1999) © J. Henschel

Für die ganze Stadt stehen

Von spontanem Aufbruch, schwieriger Annäherung und Vorbereitung aufs Regieren Carola Bluhm im Gespräch

Wenn du heute zurückdenkst, an die Anfänge der PDS-Fraktion 1990 ...?

... ich habe bei einer Delegiertenkonferenz spontan für die ersten freien Stadtverordnetenwahlen in Ost-Berlin kandidiert. Ich bin

Parteitagbeschluss gefasst, die eigenen Biografien offenzulegen. Das waren auch emotional sehr schwierige Situationen. Da begegneten sich oft ehemalige MfS-Mitarbeiter und Opfer des MfS. Unsere Partei war immer wieder

uns Expertinnenwissen und stadtpolitische Kompetenz anzueignen. Dabei hatten wir intern heftige Auseinandersetzungen um unsere Rolle, unseren Gebrauchswert und unsere politische Funktion als Opposition in der Stadt.

War das eine Ost-West-Auseinandersetzung?

Auch. Wir als Ostdeutsche haben auch um Anerkennung gekämpft – unserer Lebensleistung, unserer Kompetenz, unserer Ideen für eine gerechtere Gesellschaft. Gleichzeitig wollten wir nicht nur für eine Hälfte der Stadt stehen. Und wir brachten in diese Debatte etwas ein, was die Westlinken nicht hatten: die Erfahrung von grundlegender gesellschaftlicher Transformation.

Ihr habt euch auch frühzeitig auf eine Regierungsbeteiligung vorbereitet ...

Wir haben angesichts der aufkommenden Finanzkrise der Stadt schon damals Opposition mit Au-

vor Zerreißproben gestellt.

In der öffentlichen Wahrnehmung wurden wir weitgehend darauf reduziert. Bei Sachthemen hat man uns kaum gefragt. Zu der Zeit funktionierte die gesellschaftliche Ausgrenzung der PDS und ihrer Osterfahrungen noch sehr gut. Aber wir nutzten die Zeit, um in Sachthemen einzusteigen,



kurz entschlossen in die Politik gegangen, wollte zusammen mit anderen den Aufbruch nutzen, um die DDR von links zu verändern. Ich wollte Emanzipation und Demokratie und habe für den dritten Weg gefochten.

Und plötzlich warst du Abgeordnete?

Erst mal war alles neu. Wir mussten einen Wahlkampf organisieren und alles selber machen. Und dann waren wir auf einmal die Fraktion der PDS. Peter-Rudolf Zottl, Gesine Lötzsch, Martina Michels waren da schon dabei. Aber das ging ja nur bis Ende 1990. Dann fanden die ersten Gesamtberliner Abgeordnetenhauswahlen statt. Und wieder war alles völlig neu. Das Berliner Abgeordnetenhaus ist das einzige Ost-West-Parlament, und ich war Mitglied einer Ost-West-Fraktion. Dort trafen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft, politischer Tradition, Erfahrung, auch mit völlig verschiedenen Vorstellungen, wie man Politik macht. Das gab sehr intensive Debatten.

Es ging anfangs immer wieder um die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit?

Ja, das hat die ersten Jahre – sehr zu Recht – bestimmt. Wir haben in Berlin ja sehr früh einen



© Klaus Stüttmann (2)

genmaß betrieben, immer konkrete Gegenvorschläge gegen das Weiter so der Großen Koalition gemacht. 2001 haben Harald Wolf und ich als Fraktionsvorsitzende ein Papier vorgelegt – »Vor der Kür kommt die Pflicht« –, in dem wir genau beschrieben haben, was die PDS noch leisten muss, bis sie 2004 in die Landesregierung eintreten könnte. Es kam ja dann alles anders, und wir sind inzwischen seit 2002 mit an der Regierung.

Interview: Anja Wollny

dan461 4 pl 164 vvvva ddp/ADN0342

PDS/SPD/Gysi
Gysi: Keine Koalition der PDS mit der SPD =

Berlin (ddpADN). Der Chef der PDS-Gruppe im Bundestag, Gregor Gysi, hat sich gegen eine Koalition seiner Partei auch auf Länderebene mit der SPD ausgesprochen. Der in Berlin erscheinenden »tageszeitung« (taz) (Mittwochausgabe) sagte Gysi: »Ich wünsche mir überhaupt keine Koalition – gegenwärtig. Würde mich heute eine Landtagsfraktion fragen, ob ich ihr rate, in eine Koalition mit der SPD zu gehen, würde ich nein sagen«.

Vom Treffen mit SPD-Chef Oskar Lafontaine erhofft sich Gysi einen »normalen Umgang miteinander«. Wenn »zwei auf so unterschiedliche Weise Verantwortung tragen, sollten sie schon mehr voneinander wissen«, unterstrich Gysi.

Für Mecklenburg-Vorpommern kann sich Gysi eine Tolerierung der SPD vorstellen. »Sollte die SPD in Mecklenburg also einmal aus der großen Koalition ausscheiden, dann könnte man über eine Duldung oder Tolerierung nachdenken.« Dazu würde er der Fraktion raten. Längerfristig müsse man, so der Politiker, darüber nachdenken, wie man die Zusammenarbeit von SPD, Bündnisgrünen und PDS ausgestalten könne. »Wenn es eine gesellschaftliche Mehrheit irgendwann, irgendwie und für längere Zeit« für diese drei gibt, dann würden die Wähler aller drei Parteien es »schwer verübeln, wenn wir nichts anfangen mit so einer Mehrheit«.

clp/tba
211646 Nov 95

Meldung der Nachrichtenagentur ddp vom November 1995

Schwieriger Rhythmus

Die Wahlen am 24. Mai 1992 zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) fanden ausnahmsweise ohne gleichzeitige Abgeordnetenhauswahlen statt. Denn mit der Wende waren alle Wahlrhythmen durcheinander gekommen: Die letzten »normalen« Westberliner Wahlen brachten 1988 Rot-Grün unter Walter Momper an die Macht. In Ostberlin wurden am 6. Mai 1990 eine neue Stadtverordnetenversammlung – quasi der erste Landtag im

Osten – sowie die neuen BVV gewählt.

Die Legislaturperiode der Westberliner BVV endete 1992, und die Legislatur der Ostberliner BVV wurde verkürzt, so dass am 24. Mai alle Berliner Bezirksverordnetenversammlungen neu gewählt werden sollten. Allerdings wurde deren Legislaturperiode von vornherein auf drei Jahre festgelegt, so dass ab 1995 wieder gemeinsame Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den BVV stattfanden.

»Schwebende Abgeordnete«

Zähes Ringen um Haltung zum MfS Von Marion Seelig

Der Anfang der Zusammenarbeit in der Fraktion war kein leichter. Insbesondere für diejenigen nicht, die aus einem anderen politischen und kulturellen Zusammenhang kamen.

Es war eine Gratwanderung zwischen der Hoffnung auf eine emanzipatorische Politik und auf die Öffnung der Partei zu einem Spektrum vielfältiger linker Ansätze und Lebensentwürfe und der Auseinandersetzung mit den siegestrunkenen etablierten Parteien auf der einen Seite und der Hoffnungslosigkeit auf der anderen Seite, die sich daraus ergab, dass diese Partei und damit auch die Fraktion immer wieder in alte Verhaltensmuster zurückfiel und die Glaubwürdigkeit verspielte, zur Verantwortung für die Vergangenheit zu stehen.

In meiner Presseerklärung vom 22.10.1992 »Zu den Enthüllungen der Stasi-Mitarbeit des PDS-Landesvorsitzenden, André Brie, in ND und Berliner Zeitung« heißt es dazu:

»Ein wichtiger Schritt dazu war (es geht um die oben genannte Glaubwürdigkeit) der Parteitagbeschluss, der besagte, daß Parteimitglieder, die sich für ein leitendes Amt bewerben, ihre Verstrickungen, insbesondere zur Stasi, bis zu einem bestimmten Termin offenzulegen haben. Würden diese Verbindungen später bekannt, folgte dem unweigerlich ein Ausscheiden aus dem Amt.

Dieser Beschluss war für Erneuerer wie Sympathisanten nicht leicht durchzusetzen gewesen. Dafür wird seine Bedeutung schon seit längerem in Frage gestellt. »weil er der Aufarbeitung nicht gedient habe und nicht praktikabel sei«.

Dies deutet auf ein instrumentelles Verhältnis der Mehrzahl der ehemaligen Befürworter zu diesem Beschluss hin. Daß der die Akzeptanz durch die bürgerliche Gesellschaft und politischer Gegner nicht erhöht, war mir und anderen klar. In erster Linie wäre es um Glaubwürdigkeit für uns gegangen. Und der strapazierte Begriff von der differenzierten Aufarbeitung macht natürlich nur dann einen Sinn, wenn man genug weiß, um zu differenzieren (...)

Um eben diesen mühsam erlangenen Parteitagbeschluss auch

mit Inhalt zu füllen, sind Harald Wolf und ich, als die Abgeordnetenhaus-Fraktion sich im Zusammenhang mit der nicht bekannten Stasi-Mitarbeit Dirk Schneiders zögerlich zeigte, aus dem Vorstand zurückgetreten. Wegen dieses Parteitagbeschlusses haben Mitglieder unserer Fraktion sich bereits vor einhalb Jahren zu ihrer Tätigkeit für das MfS bekannt, und wir hatten Gelegenheit, »differenziert« zu urteilen (...)

Wenn jetzt – allein aufgrund einer BKA-Recherche – der Landesvorsitzende der PDS, André Brie, endlich öffentlich macht, dass auch er über Jahre mit der Stasi zusammengearbeitet hat, nach allen Regeln der Zunft mit Verpflichtung und Decknamen, dann sind alle Hoffnungen auf einen Neuanfang, (...) buchstäblich dahin(...)

Auch nach dieser Presseerklärung gab es keine eindeutige Haltung der Fraktion zum Verhältnis zu Brie als Landesvorsitzenden. Deshalb nahmen drei Mitglieder – Harald Wolf, Steffen Zillich und ich – für uns in Anspruch, nicht mehr für die PDS zu sprechen, bis es eine eindeutige und für uns nachvollziehbare Position zu dem Skandal geben würde.

In Anbetracht der eskalierenden Feindseligkeit durch die anderen Parteien legten wir allerdings nicht unser Mandat nieder, sondern setzten unsere fachliche Arbeit ebenso fort wie wir uns weiter in die innerparteiliche Diskussion einmischten. Da es für eine solche Positionierung im parlamentarischen Umfeld kein Beispiel gab, wurden wir als »schwebend« bezeichnet, obwohl aus unserer Sicht die Haltung eindeutig war.

Nach vielen Diskussionen gab es schließlich ein Votum der Fraktion, das nicht nur davon sprach, dass mit dem »Fall Brie« die Glaubwürdigkeit der PDS in ihrer Substanz berührt sei, sondern sich auch aktiv für den MfS-Beschluss und die weitere Erneuerung der Partei einsetzte, was das »Schweben« beendete. ■

Marion Seelig ist heute stellvertretende Vorsitzende der Fraktion und innenpolitische Sprecherin.

Eine bürokratische, fremde Welt

Ins kalte Wasser geworfen und geschwommen: Parlamentarischer Geschäftsführer seit 14 Jahren Von Uwe Doering

Eigentlich ist alles klar. Für viele, auch für mich, überraschend kandidiere ich 1995 auf Platz zwei der Landesliste für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Dann die Ernüchterung am Wahlabend. Die PDS gewinnt so viele Wahlkreise, dass die Landesliste gar nicht zum Zuge kommt. Abgehakt. Die Arbeit als Betriebsratsvorsitzender und aktiver Gewerkschafter gibt mir weiterhin die Möglichkeit, mich für meine Kolleginnen und Kollegen zu engagieren.

Im Dezember 1995 werde ich doch noch ein MDA. Ich rücke für Hanns-Peter Hartmann, der in den Bundestag wechselt, nach. Da hat sich die Fraktion inzwischen formiert, sind die Sitze für die Ausschüsse vergeben. Stefan Liebich bietet einen seiner drei Ausschusssitze an: Ju-

gend, Wirtschaft, Haupt. Im vertraulichen Ton ans Herz gelegt wird mir der Hauptausschuss. Der Empfang im Ausschuss durch den Vorsitzenden Klaus

.....
 »Direkt die Dinge anpacken, ein klares Wort unter Kollegen, und die Sache ist vom Tisch. So funktionierte das hier nicht. Manches kam mir einfach nur merkwürdig vor.«

Franke (CDU) ist freundlich und zugleich bestimmt. »Hier erfahren Sie alles, nur die richtigen Fragen müssen Sie stellen.« Aber wie werden die richtigen Fragen gestellt? Was sind »pauschale Minderausgaben«? Was ist ein »Stellenvogel«? Was heißt im Stellenplan »kann wegfal-

len«? Und dann die Sprache der (Senats-)Vorlagen, überhaupt die Begrifflichkeiten des parlamentarischen Alltags: Wer sollte die verstehen? Eine eigene bürokratische, fremde Welt.

Mit handfesten Problemen in meinem Betrieb oder in der außerparlamentarischen Arbeit, da kannte ich mich aus. Direkt die Dinge anpacken, ein klares Wort unter Kolleginnen und Kollegen, und die Sache ist vom Tisch: So funktionierte das hier nicht. Dazu die zwei Welten, die sich auch in der Fraktion trafen: Ossi und Wessis. Unterschiedliche Sozialisation, ganz andere Denk- und Herangehensweisen, auch wir sprachen in übertragenem Sinne bisweilen nicht die gleiche Sprache. Manches kam mir einfach nur merkwürdig vor... Schon klar, dass das anders

herum wohl genauso war.

Dankbar bin ich noch heute Bernd Holtfreter und Dieter Klein. Sie haben mich in die »Geheimnisse« des Haushalts und der parlamentarischen Arbeit eingeführt. Es verging kein halbes Jahr, da wurde für die Fraktion ein Parlamentarischer Geschäftsführer gesucht. Wer auch immer auf die Idee kam, mich vorzuschlagen, Peter-Rudolf Zotl brachte in der Fraktionssitzung die Erwartung auf den Punkt: Der ist Betriebsratsvorsitzender und hat Erfahrungen darin, einen Laden zusammen zu halten und die Interessen der Beschäftigten und der Fraktion zu vertreten.

Heute kann ich eingestehen, dass mir das als parlamentarischer Neuling anfangs wirklich schwer gefallen ist. Zum



So kennt man Uwe Doering: Bodenständig und gern auch im Stadion bei »Eisern« Union unterwegs © Katharina Grell

Glück haben sich die erfahrenen Amtskolleginnen der SPD und der CDU und der -kollege der Grünen sehr kollegial verhalten und mir diesen oder jenen praktischen Tipp gegeben. Heute bin

ich ein bisschen stolz darauf, dass ich seit nahezu 14 Jahren der parlamentarische Geschäftsführer der PDS-/Linksfraktion im Abgeordnetenhaus sein darf. ■



Fraktionspost zum Jahreswechsel 1999

Erstens kommt es anders ...

Jähe Wendungen und Irrtümer: Die Linke und die Wahlen Von Petra Pau

Wer kennt das Sprichwort nicht? »Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt!« Obendrein stimmt es. Nicht immer, aber immer öfter. Ganz besonders im Umfeld von Wahlen. Ich habe es selber erlebt.

1995 zum Beispiel gab es Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Der Landesvorstand und die Fraktionsspitze der Berliner PDS hatten sich eine kluge Kandidatenliste ausgedacht. Dann tagte der zuständige Landesparteitag. Schon ab Platz 2 brach das Tohuwabohu aus. Ein gewisser Uwe Doering – er ist bis heute Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion im Abgeordnetenhaus – wurde

gewählt und brachte damit alle Pläne durcheinander. Es folgten persönliche Erklärungen, Auszeiten, Krisensitzungen – das ganze linke Repertoire. Am Wahlabend war das alles vergessen. Die PDS gewann im Osten Berlins 32 von 33 Wahlkreisen direkt. Damit war die heftig umstrittene Landesliste komplett hinfällig.

1998 wollten Gregor Gysi & Co. zum nächsten Schlag ausholen. Nachdem Stefan Heym vier Jahre zuvor SPD-Platzhirsch Wolfgang Thierse den Bundestags-Wahlkreis Mitte-Prenzlauer Berg weggeschnappt hatte, sollte nunmehr Ex-Admiral Elmar Schmäling für die PDS

den Coup wiederholen. Doch der Friedenskämpfer stand gerade mit dem Wirtschaftsrecht auf Kriegsfuß. Das und nichts anderes »erregte« die Medien. Ein hoffnungsloser Fall, befand damals Wahlkampfleiter André Brie im »Stern«. Und irrte. Denn er meinte damit nicht Schmäling, sondern mich. War ich doch inzwischen für Elmar in den Wahlkampf eingesprungen. Und das mit Erfolg.

Dass es keinesfalls immer in unserem Sinne »anders kommt«, zeigte sich dann 2002. Da nahm nicht nur die rot-rote Koalition in Berlin ihre Arbeit auf. Da standen auch wieder Bundestagswahlen auf dem

Plan. Am 2. August wollten wir – Gabi Zimmer, Dietmar Bartsch, Roland Claus und ich – in der Bundespressekonferenz dafür unseren Alternativ-Plan »Aufbau-Ost« präsentieren. Das konnten wir vergessen. Denn am selben Tag trat Gregor Gysi medienträftig als Berliner Senator zurück. »Kein Schwein« interessierte sich mehr für unsere Vorhaben. Wenige Tage später stellte übrigens Peter Hartz in Berlin im Französischen Dom die »Hartz IV«-Module von Kanzler Schröder vor. Die PDS protestierte dagegen und flog trotz alledem als Fraktion aus dem Bundestag.

2005 zog die PDS allerdings,

.....
 »Ein hoffnungsloser Fall, befand Wahlkampfleiter André Brie im »Stern«. Und irrte. Denn er meinte nicht Schmäling, sondern mich. War ich doch für Elmar in den Wahlkampf eingesprungen. Und das mit Erfolg.«

nunmehr im Verbund mit der WASG und als LINKE, gestärkt in den Bundestag ein. Tja, und dabei hatte drei Jahre vorher Bundestagspräsident Wolfgang Thierse gemeint, es wäre ein Sieg für die Demokratie, dass die PDS abgewählt worden sei. Aber wie heißt es so schön...? ■

Petra Pau ist seit 2006 Vizepräsidentin des Bundestages und errang bei der Bundestagswahl 2009 erneut ein Direktmandat für DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf.

Länderehe

Schon 1990 im Einigungsvertrag wurde eine Regelung im Grundgesetz zur vereinfachten Neugliederung der Region Berlin-Brandenburg empfohlen. Im Februar 91 fasste das Abgeordnetenhaus den Beschluss, die Fusion zu einem gemeinsamen Bundesland anzustreben. Im Februar 1993 begannen die Landesregierungen, darüber zu verhandeln. Eine Grundgesetzänderung ermöglicht vom Oktober 1994 an die Länderehe. Im Juni 1995 verabschiedeten beide Länderparlamente den Neugliederungsstaatsvertrag jeweils mit Zweidrittelmehrheit. Am 5. Mai 1996 gibt es in Berlin und Brandenburg eine Volksabstimmung, bei der die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, ob sie die Fusion überhaupt wollen. Und was passierte?

»Die Mehrheit der Bevölkerung hat Nein gesagt. In Brandenburg, in Ostberlin und auch in Westberlin, sofern man die Summe jener zieht,

die gar nicht, ungültig oder mit Nein gestimmt haben«, konstatierte damals Carola Freundl (heute Bluhm) in der Aussprache zur Regierungserklärung. »Der Fusionsvertrag ist aus unserer Sicht vor allem deshalb abgelehnt worden, weil die in Brandenburg, Ost- bzw. Westberlin jeweils unterschiedlichen Interessen, Erfahrungen und Hoffnungen weder zur Kenntnis genommen noch gleichberechtigt aufeinander bezogen wurden.«

Zweifellos waren auch die Äußerungen von CDU-Chef Landowsky über das Auskehren sozialistischer Wärmestuben und die schreckliche Vorstellung von der Ausdehnung westdominierter konservativer Berliner Politik an die Grenzen von Sachsen und Polen Grund genug, die Fusion damals scheitern zu lassen.

Und heute, 14 Jahre danach? Viel Zeit ist vergangen, Landowsky musste weg, und in beiden Ländern regiert Rot-Rot. Eine gute Chance, wieder intensiver darüber zu reden, wie man sich näher kommen kann.



Tag der offenen Tür im Roten Rathaus am 4. Mai 1996. Talkrunde zur Volksabstimmung mit Gesine Löttsch © Landesarchiv Berlin/Stefanie Jacob



Im Wahlkampf 2001 © DIE LINKE

Skandal um die Bankgesellschaft

Totengräber der großen Koalition und Wegbereiter des Tabubruchs Rot-Rot Von Harald Wolf

Die Bankgesellschaft war ein wirkliches Kind der großen Koalition, gebildet Anfang der 90er Jahre mit der Zielsetzung, in Berlin in den Bereich der global player aufzusteigen. Das war eine Maßnahme im Rahmen der gesamten Metropoleneuphorie und Wachstumsszenarien am Anfang der 90er Jahre in Berlin, für die allerdings die ökonomische Grundlage fehlte. Deshalb hat die Bankgesellschaft begonnen, in großem Umfang Immobilienfonds aufzubauen und diese mit den Garantien einer öffentlich-rechtlichen Bank zu versehen. Was für die Anleger hoch profitabel



war, war umso riskanter für die Bank. Die Probleme wuchsen, und Ende 2000 beschloss der Aufsichtsrat der Bankgesellschaft, das gesamte Immobiliendienstleistungsgeschäft – so wurde es damals in einer ad hoc-

Mitteilung formuliert – an einen privaten Erwerber zu veräußern. Es war aber nichts anderes, als dass das gesamte Immobiliendienstleistungsgeschäft auf die Cayman-Inseln verschoben wurde und hier dann ein noch nicht erfolgter Verkauf vorfinanziert wurde.

Als ich im Dezember 2000 diese ad hoc-Mitteilung las, habe ich dafür gesorgt, dass der Vermögensausschuss des Abgeordnetenhauses dieses Geschäft genauer untersucht. Unsere hartnäckigen Nachfragen ließen dann klar werden, dass die ganze »Veräußerung« ein fiktives Geschäft zur Finanzkos-

metik war. Das führte dazu, dass der damalige Finanzsenator im Aufsichtsrat veranlasste, dass das Geschäft zurück abgewickelt wurde. Später hat mir ein damaliges Vorstandsmitglied der Bankgesellschaft gesagt: »Als wir gesehen haben, dass Sie das Thema in den Vermögensausschuss geholt haben und den Fragenkatalog dazu sahen, wussten wir: Das ist das Ende.« Parallel dazu wurde dann auch der AUBIS-Skandal öffentlich, in den der ehemalige CDU-Landesgeschäftsführer Wienhold, der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Neuling und der Vorsitzende der

CDU-Abgeordnetenhausfraktion Klaus-Rüdiger Landowsky verwickelt waren. Damals bekamen wir eine Computer-Datei zugespielt. Aus diesen Informationen haben der mittlerweile verstorbene Abgeordnete Bernd Holtfreter und andere in mühevoller Kleinarbeit rekonstruiert, wie das gesamte Geschäftsmodell gelaufen ist und dass es nie funktionieren könnte. Als der Druck gegen die Bankgesellschaft immer größer wurde, passierte das, was in solchen Fällen sehr oft passiert: Irgendwer lässt was fallen. So wurde die 40.000-Mark-Spende bekannt, die Wienhold dem damaligen CDU-Fraktionschef und Bankgesellschafts-Vorstandsmitglied Landowsky übergeben hat, ohne sie als Parteispende zu deklarieren. Wir haben im Januar 2001 in der Fraktion so viele Ressourcen wie möglich auf die Aufklärung des Bankenskandals konzentriert. Denn dass der ein richtiger Sprengsatz für die Große Koalition war, ist uns sehr schnell klar geworden.

Der entscheidende Impuls kam im Frühjahr 2001. Ich war gerade auf einer PDS-Veranstaltung in Lichtenberg, als das Telefon klingelte. Der damalige Finanzsenator Peter Kurth teilte mir mit, dass er nochmal 3,7 Mrd. Mark für die Bankgesellschaft bräuchte, sonst käme die Bank nicht über die Runden. Danach habe ich Inforadio ein Interview gegeben und gesagt, dass ich meiner Fraktion vor-

schlagen werde, ein Volksbegehren zur Abwahl des Senats einzuleiten und mit den anderen Oppositionsfraktionen dazu Gespräche aufnehmen werde. Kurz darauf war klar, PDS, Grüne und FDP leiten gemeinsam ein Volksbegehren ein. Bevor dieses überhaupt Erfolg haben konnte, platzte die Koalition.

Wir haben bereits im Frühjahr 2001 unsere Bereitschaft erklärt, Rot-Grün zu tolerieren. Und zwar vor allem aus folgendem Grund: Die SPD hat ihren Wahlkampf 1999 mit der Botschaft geführt, keine rot-rote Koalition einzugehen. Damit war für uns klar, eine rot-rote oder eine rot-rot-grüne Koalition in Berlin geht nur mit einem neuen WählerInnenvotum.

Auch deshalb wollten wir zunächst einen Minderheits Senat bis zur Neuwahl tolerieren. Aber wir haben in dieser Zeit unseren Anspruch, nach den Wahlen Regierungsverantwortung zu übernehmen, deutlich formuliert. Damit haben wir den Tabubruch eingeleitet – und das gegen erhebliche Widerstände. Am 16. Juni wurde der Senat der großen Koalition in einer Sondersitzung des Abgeordnetenhauses abgewählt. Am 17. Juni hat Gregor Gysi seine Bereitschaft und seinen Anspruch, Regierender Bürgermeister zu werden, erklärt. ■

Harald Wolf war langjähriger Fraktionsvorsitzender. Seit 2002 ist er Senator im rot-roten Senat.

Zwischenruf im Plenum des Abgeordnetenhauses von Klaus-Rüdiger Landowsky (CDU) am 21. April 1994: »Aber immer wenn ich Sie reden höre, Herr Zöll, dann sage ich Ihnen: Sie sind für mich ein Heuchler und die personifizierte Unmoral in der Politik.«

Eine Rote als Vize

Zwischen Distanz, Ablehnung, Respekt und Neugier Von Martina Michels

Manchmal lohnt sich ein Blick in die Kiste der fast vergessenen Erinnerungsstücke. Erst dann werden die Mühen vergangener Tage deutlich.

Mai 1996: Ein Koalitionskrach belastet die Stadt. Skandal: Die PDS-Kandidatin Martina Michels wurde im zweiten Wahlgang mit 104 von 189 Stimmen zur Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses gewählt! Die PDS stellte damals 34 Abgeordnete. Die Stimmenauszählung war mehrfach wiederholt worden, denn die vorhergehende Kandidatur einer PDS-Kandidatin war bereits fünfmal gescheitert. CDU-Fraktionschef Klaus-Rüdiger Landowsky erklärte, die fraktionsübergreifende Wahl von Michels sei eine »erhebliche Beeinträchtigung des politischen Klimas in der Stadt und auch innerhalb der Koalition«. Bei dieser Art Abstimmungsgemeinschaft handele es sich nicht um eine Bagatelle. Hier gehe es »um die »existentielle

Zukunftsfrage der Hauptstadt, ob Berlin noch eine langfristig gesicherte politische Grundlage habe oder ob ein sozialistisches Bündnis unter Einschluss der PDS drohe«. In seinen ersten Wutausbrüchen übersah Herr Landowsky übrigens, dass rein rechnerisch auch einige Stimmen der CDU erforderlich waren, um die geforderte Mehrheit zu erreichen. Dass ich diese Funktion insgesamt neun Jahre innehaben würde, überstieg damals nicht nur Landowskys Vorstellungskraft.

Als ich am 25. Mai 1996 mein Amt als Vizepräsidentin antrat, war ich zunächst die kritisch beäugte »Rote« zwischen Distanz, Ablehnung, aber auch Respekt und Neugier.

Ein leeres Amtszimmer, aus dem eiligst zuvor Kopier- und Faxgerät entfernt worden waren, ein verschwundener Zimmerschlüssel, der mir den Zugang zum Schreibtisch versperrte, waren kleinere Anfangsspiel-

chen, die mir letztlich mehr Solidarität als Abneigung bei Verwaltungsangestellten einbrachten.

Ich sah meine Aufgabe vor allem darin, einen Beitrag zum respektvolleren Umgang im Parlament zu leisten. Als sich Innenminister Schönbohm öffentlich über meine Amtsführung beschwerte, weil ich nicht gewillt war, Abstimmungen hinauszuzögern, bis alle Koalitionäre aus dem Casino ins Plenum zurückgekehrt waren, lud ich ihn kurzerhand in mein Büro zum Gespräch ein. Er kam, wir redeten, und nach einer Entschuldigung seinerseits begegneten wir uns fortan mit Respekt.

Bei den ersten offiziellen Anlässen der Landesregierung, zu denen ich das Abgeordnetenhaus von Amtswegen zu vertreten hatte, wurde auf eine Vorstellung meiner Person noch verzichtet. Das änderte sich schlagartig beim Besuch des Oberbürgermeisters Luschkow

aus Moskau. Nachdem das Protokoll des Landes Berlin mich wieder ignoriert hatte, ging ich auf die russische Delegation zu und stellte mich selbst vor - in russischer Sprache. Die Moskauer waren begeistert. Und auch das Protokoll gewöhnte sich schließlich an mich.

Als ich 2001 meine zweite Amtsperiode antrat, arbeitete ich mit dem Parlamentspräsidenten Walter Momper zusammen. Seither hat sich nicht nur die offizielle Adresse des Abgeordnetenhauses von »10111 Berlin-Mitte« in »Niederkirchnerstr. 5« geändert. Nikolai Bersarin und Marlene Dietrich wurden Ehrenbürger des neuen Berlin. Was Landowsky 1996 noch nicht wusste: Er sollte Recht behalten. Wir haben inzwischen die Stadt verändert! ■

Martina Michels ist heute stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus.

Wir wünschen eine schöne Bescherung...



Fraktionspost zum Jahreswechsel 2003 Karikatur: Klaus Stuttmann

Chronik

1990

4. Januar: Im Roten Rathaus tagt erstmals Berliner Runder Tisch. **25./26. Februar:** Gründung der PDS-Bezirksorganisation im »Haus am Köllnischen Park«. **12. März:** Runder Tisch der DDR lehnt Übernahme des Grundgesetzes gemäß Artikel 23 GG ab und verabschiedet einen Entwurf für eine neue DDR-Verfassung. **18. März:** »Allianz für Deutschland« gewinnt erste freie Wahlen zur Volkskammer. PDS erhielt 16,4 Prozent, in Berlin 30,2 Prozent. **6. Mai:** Stadtverordnetenversammlung sowie Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. **12. Juni:** Regierender Oberbürgermeister Walter Momper (West) und Oberbürgermeister Tino Schwierzina (Ost) leiten erste Sitzung des gemeinsamen »MagiSenats«. **1. Juli:** In der DDR tritt die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft. **23. August:** Volkskammer beschließt Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD zum 3. Oktober. **3. Oktober:** DDR tritt dem Geltungsbereich des Grundgesetzes gemäß Artikel 23 GG bei. **10. November:** Vorstand der PDS beschließt, auf 80 Prozent des ehemaligen SED-Parteivermögens zu verzichten. Vorausgegangen war ein Finanzskandal. **14. November:** Polizei räumt besetzte Häuser in Mainzer Straße. Eskalation führt zum Ende der rot-grünen (West-Berliner) Koalition. **2. Dezember:** Neuer Bundestag wird gewählt, ebenso das Berliner Abgeordnetenhaus.

1991

Januar: In Berlin regiert die große Koalition. Wegen des Golf-Kriegs fordert Gregor Gysi dazu auf, den Kriegs- und Wehrdienst zu verweigern. **Juni:** Bundestag entscheidet, dass Berlin Hauptstadt und Regierungssitz wird. Auf Vorschlag von CDU und SPD sollen 37 Straßen und Plätze in Ostberlin zum 3. Oktober 1991 umbenannt werden.

1992

April: Eberhard Diepgen und Willi Daume übergeben dem IOC das Bewerbungsschreiben Berlins für Olympia 2000. **Mai:** Wahlen zu den BVV. **Oktober:** Nach dem Ausscheiden von André Brie wird Petra Pau PDS-Landesvorsitzende. **November:** Europäischer Antirassismuskongress der PDS in Berlin mit mehr als 500 Teilnehmern aus 14 Staaten.

1993

März: PDS protestiert gegen Entscheidung, Palast der Republik abzureißen. **Juni:** Treuhand fordert von der PDS mehr als 70 Millionen DM – Bundeschatzmeister Dietmar Bartsch nennt Forderung »abwegig und ausschließlich politisch motiviert«. **23. September:** Nur neun von 89 IOC-Mitgliedern wollen Olympia 2000 in Berlin. Sydney wird ausgewählt.



Fraktionssitzung im Abgeordnetenhaus © Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus

Gegen den Krieg

1999: Rede von Harald Wolf zum Jugoslawien-Krieg

Mit seiner Rede vom 29. April sorgte Fraktionsvorsitzender Harald Wolf stadtweit für Aufmerksamkeit. Sie wurde vervielfältigt und ein wichtiges Werbematerial für die PDS.

Die strikte Antikriegshaltung der PDS führte dazu, dass in jenen Tagen nicht nur bundesweit viele neue Mitglieder ge-

wonnen wurden, sondern auch vier Zuwächse aus der Fraktion zu verzeichnen waren: Der Fraktionsvorsitzende Harald Wolf selbst, die Stellvertreterin Marion Seelig, der Parlamentarische Geschäftsführer Uwe Doring und der Pressesprecher Günter Kolodziej traten in die PDS ein.

Auszüge aus der Rede:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist der Krieg unweigerlich nach Europa zurückgekehrt.

Wahrscheinlich hätte noch vor kurzem niemand in diesem Haus daran gedacht, dass die

sogenannte Berliner Republik damit beginnt, dass ausgerechnet unter einer rot-grünen Bundesregierung ein Luftkrieg gegen Belgrad und die Bundesrepublik Jugoslawien unter deutscher Beteiligung geführt wird. Das ist ein gravierender historischer Einschnitt, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Es ist ein historischer Einschnitt insofern, als sich erstmals wieder deutsche Truppen an einem Krieg beteiligen. (...) Ich will über diese Erwägungen und den Konflikt, der vor allem bei den Sozialdemokraten und den Grünen zwischen den beiden Zielen Friedenssicherung und Verteidigung der Menschenrechte existiert, nicht leichtfertig hinweggehen. Allerdings, wer mit einem so hohen moralischen Anspruch antritt, wenn er sagt, der Krieg sei die Fortsetzung der Moral mit anderen Mitteln, der muss sich auch die Frage gefallen lassen: Welchem Kosovoalbener hat die Bombardierung Belgrads und Jugoslawiens, die seit vier Wochen anhält, genutzt?

(...) In offiziellen Stellungnahmen führt die NATO keinen Krieg. Sie führt Schläge aus; sie führt Aktionen aus, während auf der Gegenseite – ich zitiere Bundesaußenminister – »die Logik eines Schlachthauses herrscht«. Die Bombardierung ziviler Ziele, eines Flüchtlings-

konvois, des Zuges von Belgrad nach Thessaloniki, eines Wohnviertels – wie sie gestern geschehen ist –, das heißt – wie wir haben lernen dürfen – »Kollateralschäden«. Das, finde ich, ist die Sprache von Schreibtischtätern. (...) Zur Eskalation von Sprache gehört auch, uns als »5. Kolonne von Belgrad« oder als »Weißwäcker« zu diffamieren. Ich sage noch einmal ganz klar und eindeutig: Wir sind keine Kriegspartei auf Seiten Belgrads und auch keine auf Seiten der NATO oder der UCK. Unsere Loyalität gilt nicht Kriegsparteien. Sie gilt den Opfern, den betroffenen Menschen.

Ich bin der Meinung, wir sollten in der Politik wieder zu mehr Nachdenklichkeit kommen. Das heißt auch, aus der Logik der weiteren Eskalation dieses Krieges auszubrechen. Unserer Ansicht nach heißt das, dass das Bombardieren beendet werden muss und eine Friedenslösung unter dem Mandat der UNO gefunden werden muss. Ich stimme Ihnen, Herr Böger, zu, dass ein UNO-Mandat nicht unbewaffnet sein kann. Es muss in der Lage sein, die Flüchtlinge zu schützen und ihre Rückkehr zu garantieren. (...) Es muss wieder verhandelt werden und miteinander gesprochen werden. Das Bomben muss beendet werden! ■

Amtsübernahme und Amtsübergabe Von Heidi Knake-Werner

Kein Ausstieg aus der Politik

Als ich mich im Oktober 2009 aus meinem Amt als Senatorin verabschiedet habe, war das für mich ein Rückzug aus der Regierungsbereich, aber kein Rückzug aus der Politik.

Wie auch? Nach 40 Jahren im politischen Geschäft, da kann man ein paar Gänge runter schalten, aber ganz aussteigen, das funktioniert nicht.

Politisiert in meiner Studienzeit in Göttingen, trat ich 1969 in die SPD ein, in die Partei Willy Brandts mit »mehr Demokratie wagen« und einer Friedens- und Entspannungspolitik. Ich bekam einen Job an der Oldenburger Uni, wurde Mitglied im Oldenburger Stadtrat, arbeitete in der AsF und bei den Jusos mit und fand mich schnell zwischen allen Fronten,

denn derselbe Willy Brandt wurde zum Vater der verhängnisvollen Berufsverbots-Politik, die viele meiner Freunde um ihre berufliche Zukunft brachte. Das Verbot der Zusammenarbeit mit Kommunisten und die Teilnahme an Friedensdemonstrationen brachte mir Parteiordnungsverfahren ein, die ich schließlich mit dem Eintritt in die DKP beendete.

Nicht nur mein Studienjahr in Moskau 1987/88 mit Glasnost und Perestrojka halfen mir, die Irrtümer dieser Zeit zu erkennen, ich war auch kuriert durch Geheimnistuerei, verordnete Geschlossenheit und falsch verstandene Solidarität.

Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers hat geschmerzt, aber gleichzeitig Aufbruch und demokratischen Neuanfang signalisiert. Dabei mitzutun, war

für mich reizvoll, der Gedanke an Parteipolitik aber eher nicht. Dennoch: Es wurde die PDS mit Gregor Gysi, Micha Schumann und vielen anderen klugen Genossinnen und Genossen, deren aufklärerischer und emanzipatorischer Kurs mich faszinierte.

Für mich als Westfrau, wir waren nur sehr wenige BRD-Linke, die in der PDS ankamen, eröffneten sich ganz neue politische Perspektiven: PDS-Präsidium, Parteivorstand, schließlich Bundestagsabgeordnete – die ausgegrenzte Westlinke plötzlich im bundesrepublikanischen Machtzentrum. Aufregend, anregend, aber vor allem motivierend: Zeige, dass wir es können und gut sind.

Natürlich haben uns die ganzen Jahre über intern unterschiedliche Erfahrungen, Kenntnisse und Men-

talität von Ost und West zu schaffen gemacht. Nicht einfach, das gemeinsam Verbindende zu finden.

Und nach außen haben wir uns nach und nach Anerkennung und Akzeptanz erworben.

Dass ich schließlich 2002 in Berlin Senatorin wurde, hat mir Gregor eingebrockt. Aber ehrlich gesagt: Ich möchte diese Erfahrung nicht missen. Bei aller Plackerei haben neben den Niederlagen die Erfolgserlebnisse weit überwogen. Wie viel Anerkennung und herzliche Verbundenheit entstanden ist, konnte ich am besten bei meiner Verabschiedung erleben.

Und heute? Der dauerhafte Druck ist weg, ich genieße meine freie Zeit, freue mich über jede aufblühende Tulpe, lese ausführlich die Zeitung und endlich auch wieder Bücher. Aber ich weiß genau,

das allein reicht mir nicht. Die neue Partei ist nervig und spannend zugleich. Im Forum demokratischer Sozialismus kann ich mich einbringen und auch an der Programmdebatte werde ich mich beteiligen.

Natürlich gibt es auch viel außerhalb der Partei zu tun: Die Aidshilfe braucht Unterstützung, das Obdachlosenprojekt in der Gitschiner 15 sucht Paten und Sponsoren, in der Sozialwirtschaft muss den schwarzen Schafen das Handwerk gelegt werden und eine moderne Seniorenarbeit ist ein Zukunftsprojekt. Da kann frau sich doch nicht nur zurücklehnen. ■

Heidi Knake-Werner war von 2002 bis 2009 Senatorin.

Glück auf allen Wegen: 2009 übernimmt Carola Bluhm den Staffelpstab von Heidi Knake-Werner für das Senatsressort Integration, Arbeit und Soziales

© Katina Schubert



Bewegte Frauen in der Fraktion

Feministische Ansätze wollten gelernt sein Von Elke Herer

Im Zusammenhang mit meiner Kandidatur zum Sonderparteitag der SED hatte ich meinen ersten intensiven Disput auf feministischem Gebiet. Noch auf der Delegiertenkonferenz des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen im Herbst 1989 war ich überzeugt, dass wir eine Quotierung in der DDR nicht nötig hätten, wir Frauen würden uns auch so durchsetzen. Die Mehrheit der Genossinnen und Genossen bekundete ihre übereinstimmende Haltung mit viel Beifall, aber einige Frauen setzten sich mit mir auseinander.

Gleichzeitig erlebte ich, wie ein Genosse geschickt unter anderem die Geschlechterfrage ins Spiel brachte, um meine Nominierung zum Sonderparteitag zu erreichen.

Eine weitere Erfahrung machte ich 1990 während der Zeit als Stellvertretende Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung in Ostberlin.

Ich erlebte wiederholt, wie LISA-Frauen auf Veranstaltungen, Parteitag usw. sehr aggressiv für feministische Inhalte eintraten. Wenn z.B. die weibliche Sprache nicht benutzt, wenn Frauen nicht ausdrücklich angesprochen wurden, gab es »Zoff«, anstatt einen öffentlichen Disput zum Thema Spra-



Elke Herer (rechts) – hier mit Elisabeth Schmidt im Rathaus Schöneberg – hat maßgeblich zum guten Ruf der PDS in der Frauenbewegung beigetragen. © Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus

che und Denken zu führen.

Die unterschiedliche Sozialisation von Frauen in Ost und West hat auch zu unterschiedlichen Erkenntnissen geführt und schürte ebenfalls entsprechende Vorbehalte. Ein Einlassen auf feministisches Gedankengut erschien vielen Ostfrauen als Überstülpen westlicher Ideen, zumal sich die Mehrheit der Frauen aus den neuen Bundesländern in der DDR völlig gleichberechtigt glaubte. Diese und andere Aspekte machten feministische Arbeit zusätzlich kompliziert.

Als ich 1991 nach meiner Wahl ins Abgeordnetenhaus gefragt wurde, ob ich bereit sei, frauenpolitische Sprecherin zu werden und den Frauenausschuss zu leiten, bat ich erst einmal um Bedenkzeit. Einerseits reizte mich diese Aufgabe, denn mit dem Beitritt der DDR zur BRD war klar, dass Frauen eine andere Rolle in der Gesellschaft zugewiesen werden sollte. Dass diese nicht dem 1989 erfolgten demokratischen Aufbruch entsprechen würde, war abzusehen. Andererseits gehörte ich nicht zu den Gründerinnen von

LISA, so dass mir klar war, es würde nicht leicht sein, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Auch bei den LISA-Frauen gab es Vorbehalte. Aber die gemeinsame Arbeit zwang uns schnell an einen Tisch.

Am Anfang verhalten mir die LISA-Treffen zu einer Art Schnellkurs in Sachen Feminismus. Ohne dieses »Basiswissen« wäre ich nicht zur »Überparteilichen Fraueninitiative« gekommen. Als Parlamentarierinnen haben wir uns mit Frauen aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen verbündet: aus Gewerkschaften und Verbänden, aus Frauenprojekten und Hochschulen, aus zahlreichen anderen Institutionen und Kulturkreisen. Was als kleine Abstimmungsrunde von Frauen verschiedener Fraktionen begann, ist inzwischen ein festes und aus Berlin nicht mehr wegzudenkendes Frauennetzwerk.

(Auf der Grundlage eines Beitrags in »10 Jahre Lisa. Geschichte und Geschichten. Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der PDS«) ■

Elke Herer war frauenpolitische Sprecherin und Vorsitzende des Frauenausschusses. Heute ist sie Ehrenmitglied der Überparteilichen Fraueninitiative.



PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus 2003 mit Stefan Liebich an der Spitze © Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus



Fraktionspost zum Jahreswechsel Karikatur: Klaus Stuttgart

WWW.TAGESSPIEGEL.DE

URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/art270.1985757>

Die Opposition im Tagesspiegel-Test - die PDS will mit Rhetorik weg vom Schmuddel-Image

Axel Bahr

8.10.1999 0:00 Uhr

Zu Beginn der Legislaturperiode sah es nicht danach aus, dass die PDS-Fraktion in absehbarer Zeit aus dem Schatten der SED-Erblast treten könne. Die Überprüfung durch die Gauck-Behörde und durch den Ehrenrat des Parlaments lehnte die PDS ab. Ihre Forderung, die Unterlagen durch einen Staatsrechtler begutachten zu lassen, wurde von Gauck und dem Ehrenrat verworfen. So startete die PDS erneut mit dem Malus der Vergangenheit in die politische Zukunft. Dass sich die PDS in den letzten vier Jahren für ihre Verhältnisse als Ost-Berliner Regionalpartei dennoch ein respektables Ansehen erarbeiten konnte, ist auch den beiden Fraktionsvorsitzenden Carola Freundl und Harald Wolf zuzuschreiben.

Dem Duo - er, ein ehemaliger Grünen vom linken Flügel; sie, aus dem Osten mit unspektakulärer SED-Vergangenheit - ist es gelungen, die PDS-Fraktion im parlamentarischen Alltag vom Schmuddel-Image zu befreien. Mit der Folge, dass heute eine nicht geringe Anzahl der 34 PDS-Abgeordneten durchaus als ernstzunehmende Sacharbeiter im Abgeordnetenhaus gelten. Auch konnten die beiden Fraktionsvorsitzenden auf ihrem Pluskonto verbuchen, die Partei nach schweren Grabenkämpfen auf eine realitätsnahe Oppositionspolitik einzuschwören. Hehre Forderungen sollen demnach stets auf ihre Finanzierbarkeit abgeköpft und nicht in einer »Traumfabrik« konstruiert werden. Und fleißig war die PDS-Fraktion auch. Sie brachte es immerhin auf 2109 Kleine Anfragen und startete 46 Gesetzesinitiativen.

Und dennoch muss die PDS weiter werben, um im Chor der demokratischen Parteien, dem sie sich voll und ganz zugehörig fühlt, mit voller Stimme mitsingen zu dürfen. So verhalten es sich SPD und Grüne, die PDS bei einem Antrag zum Holocaust-Mahnmal mit ins Boot zu nehmen. Die PDS formulierte einen gleichlautenden Antrag, der im Gegensatz zur rot-grünen Version abgelehnt wurde. Bei weniger sachpolitisch spektakulären Anträgen (u.a. Ehrengrab für den Studentenführer Rudi Dutschke) stimmten SPD und Grüne auch mit der PDS. Dass Politik über die Erschöpfung ihrer Protagonisten vermittelt wird, hat auch die PDS gelernt. Sie verpasste dem Fraktionsführungsduo einen intensiven Rhetorikkurs. Seitdem hört der früher eher brummige Harald Wolf kaum mehr auf zu lächeln.

Die Beschreibung der PDS in den Medien zeigt eine vorsichtige Annäherung an die Realität Repro

Chronik

1994

Juli: CDU-Generalsekretär Peter Hintze macht im Bundestagswahlkampf mit seiner »Rote-Socken-Kampagne« mobil. **Juli:** Nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt gibt es eine rot-grüne Minderheitsregierung, die von der PDS toleriert wird. **August:** Die letzten der ursprünglich 380.000 russischen Streitkräfte verlassen planmäßig den Ostteil von Berlin und das Gebiet der ehemaligen DDR. **September:** Westalliierte werden vor dem Brandenburger Tor von der Bundeswehr mit einem Großen Zapfenstreich verabschiedet. **Oktober:** Verabschiedung des Umzugsgesetzes Berlin-Bonn durch den Deutschen Bundestag.

1995

Februar: Als erstes Bundesland führt Berlin das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger ein. **April:** Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe und der Regierende Bürgermeister Diepgen unterzeichnen den Staatsvertrag über die Gründung eines gemeinsamen Bundeslandes. **Mai:** In Berlin wird das Centrum Judaicum in der Neuen Synagoge eingeweiht. Eröffnung des »Museum Berlin-Karlshorst«. Bund und Berlin beschließen, dass der Palast der Republik komplett asbestfrei gemacht wird, nur noch das Stahlgerippe bleibt stehen. **Juni:** Reichstagsgebäude wird nach den Plänen der Künstler Christo und Jeanne Claude verhüllt. Bundestag billigt eine Neuregelung des Abtreibungsrechts. **Juli:** Techno-Party »Love-Parade« auf dem Ku'damm versetzt ca. 300.000 meist junge Raver in bis zu 150 Schwingungen/min. (!) **Oktober:** Baubeginn des Tiergartentunnels. Am Potsdamer Platz wird die »Infobox« aufgestellt. Bei Kommunalwahlen wird die PDS in neun der elf Ost-Berliner BVV stärkste Fraktion. Bei Wahl zum Abgeordnetenhaus am 22. Oktober erreicht die PDS 14,6 Prozent. PDS-Fraktion kann Vizepräsidentin nominieren; Gesine Löttsch kandidiert und wird nicht gewählt. Später wird Martina Michels gewählt. **November:** Wolfram Friedersdorff wird in Lichtenberg zum ersten Bezirksbürgermeister der PDS gewählt.

1996

25. Januar: Neuer CDU-SPD-Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen im Amt. **Mai:** Berlin und Brandenburg bleiben getrennte Bundesländer. Die Volksabstimmung ergab: Berlin 53,4 Prozent Ja-Stimmen, Brandenburg 63 Prozent Ablehnung der Fusion. Der Großflughafen Berlin-Brandenburg wird in Schönefeld entstehen. Tempelhof und Tegel sollen geschlossen werden. **Dezember:** DIW erstellt für die Fraktion eine Studie, in der es Personal und Kosten in Stadtstaaten vergleicht.

1997

Januar: PDS-Protest gegen den Bewag-Verkauf beim SPD-Parteitag. Gregor Gysi spricht sich dafür aus, dass die PDS bei entsprechenden Wahlergebnissen auch Regierungsverantwortung übernimmt. **Februar:** PDS-Abgeordnete beteiligen sich an Widerstand gegen Castor-Transport. **März:** Fraktion präsentiert Konzept, durch Arbeitszeitverkürzung und Verzicht auf vollen Lohnausgleich Einsparungen beim Personal im Öffentlichen Dienst zu erreichen. Der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin-Adlershof (WISTA) wird eingeweiht. **April:** Kritik am Entwicklungsprojekt Wasserstadt Oberhavel. »Berliner Rede« des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog. **Juni:** Beschluss der großen Koalition zur Neugliederung der Berliner Bezirke: aus bislang 23 sollen 12 werden. **November:** Gregor Gysi und Freke Over entrollen vom Palast der Republik ein riesiges Transparent: »Stoppt den Palast-Abritt!«. **Dezember:** PDS-Kritik an Vorhaben der Großen Koalition, die Wasserbetriebe zu privatisieren. **August:** Einweihung des Mauermahnmals an der Bernauer Straße. **September:** Bundestagswahl, Kohl muss gehen, Schröder kommt. 5,1 Prozent für die PDS – sie ist erstmals als Fraktion im Bundestag.

1999

Februar: Sturm des israelischen Generalkonsulates, es sterben vier Kurden. **März:** Am 24. März beginnen die Nato-Luftangriffe auf Jugoslawien. In Berlin folgen am 27. März mehr als 20.000 dem Aufruf der PDS zu einer Friedenskundgebung »Nein zum Krieg!« auf dem Balkan.

2000

Januar: Die traditionelle Luxemburg-Liebknecht-Ehrung in Berlin muss wegen einer Bombendrohung gegen die PDS eine Woche später als üblich erfolgen. CDU-Spendenaffäre. **Februar:** Schäuble gibt seine Ämter auf; Angela Merkel neue CDU-Chefin. **April:** Auf Parteitag der PDS in Münster/Westfalen kündigen Lothar Bisky und Gregor Gysi den Rückzug aus ihren Ämtern an. **Oktober:** Gregor Gysi gibt sein Amt als Vorsitzender der PDS-Fraktion ab. Als Nachfolgerin Lothar Biskys wird Gabriele Zimmer zur Vorsitzenden gewählt.

2001

Februar: Berliner Bankenskandal wird öffentlich. **März/April:** Der Bankenskandal wird mit einer CDU-Spendenaffäre in Verbindung gebracht. **Mai:** Klaus-Rüdiger Landowsky muss als CDU-Fraktionschef zurücktreten. Harald Wolf schlägt Neuwahlen vor. PDS, Bündnis 90/Die Grünen und FDP starten ein Volksbegehren für Neuwahlen. **Juni:** Die CDU-SPD-Koalition zerbricht. Rot-grüner Übergangssenat. Neuwahlen werden beschlossen. Gregor Gysi bewirbt sich als Regierender Bürgermeister. **11. September:** Terror-Anschläge in den USA bringen weltweite Verunsicherung. Im Bundestag bekunden SPD und Grüne »bedin-

Chronik

gungslose Solidarität«. Die Berliner PDS fällt in Umfragen zurück. **22. Oktober:** Wahltag: Die CDU verliert, die PDS kommt berlinweit auf 22,6 Prozent. Die SPD sondiert mögliche Koalitionen. Petra Pau führt als Landesvorsitzende die PDS-Delegation. **November:** SPD beginnt Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen und FDP. **Dezember:** PDS-Landesparteitag wählt Stefan Liebich zum Vorsitzenden. Die »Ampel«-Versuche von SPD, Grünen und FDP platzen. SPD und PDS beginnen Koalitionsverhandlungen.

2002

Januar: Koalition will Haushalt sanieren. In der Stadt regt sich Widerstand: gegen die Abschaffung der berittenen Polizei-Staffel und für die Zukunft des Benjamin-Franklin-Klinikums. Parteitage der SPD und der PDS beschließen den gemeinsamen Koalitionsvertrag. Das Abgeordnetenhaus wählt die rot-rote Regierung mit Heidi Knake-Werner, Thomas Flierl und Gregor Gysi. **April:** Risikoabschirmung für Berliner Bankgesellschaft. Die Schriftstellerin Daniela Dahn mit der Louise-Schroeder-Medaille geehrt, CDU protestiert. **Mai:** Das Abgeordnetenhaus beschließt, Nikolai Bersarin, 1945 erster sowjetischer Stadt-Kommandant von Berlin, soll wieder Ehrenbürger werden. **Juni:** Die Ermittlungen zur Bankgesellschaft werden verstärkt. Im Abgeordnetenhaus wird der Doppelhaushalt für die Jahre 2002/2003 verabschiedet. **Juli:** Gregor Gysi tritt überraschend als Bürgermeister und Wirtschaftssenator zurück. **August:** Harald Wolf wird neuer Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen. Stefan Liebich wird Fraktionsvorsitzender. **September:** Die PDS verfehlt bei der Bundestagswahl die 5-Prozent-Hürde deutlich. Nur die beiden Berlinerinnen Gesine Lötzsch und Petra Pau werden direkt gewählt. **Oktober:** SFB und ORB fusionieren zum RBB. PDS im Bundestag lehnt die Hartz-Gesetze der Bundesregierung ab. **Dezember:** Senat erlässt eine Rechtsverordnung für »Drogen-Konsum-Räume«. Koalition vereinbart: Berlinische Galerie erhält einen neuen Standort. Kleinunternehmen sollen durch Darlehen der IBB besser unterstützt werden. Öffentliche Debatte über den Entwurf eines neuen Schulgesetzes beginnt. Müllentsorgung und deren Kosten werden transparenter gestaltet, neue Anlagen und Abfallmengen werden ausgeschrieben.

2003

Januar: Folgevertrag für Stadtteilzentren zwischen dem Land Berlin und dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband tritt in Kraft. Auf Bitte von Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner öffnet die BVG erstmals U-Bahnhöfe für frierende Obdachlose. Berliner Liegenschaftsfonds und ein Leipziger Investor einigen sich auf den Erhalt des vakanten Sport- und Erholungszentrums (SEZ). **Februar:** Rot-Rot führt ein Bildungsprogramm für Kitas ein. Koalition beschließt, die Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau zu beenden und zugleich ein Programm zum Schutz betroffener Mieter. 500.000 Menschen demonstrieren in Berlin gegen den drohenden Irak-Krieg. **April:** Bundeskanzler Schröder stellt seine »Agenda 2010« vor. PDS führt außerordentlichen Friedens-Parteitag durch. Wirtschaftssenator Harald Wolf eröffnet die Zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für Unternehmen (ZAK). **Mai:** Koalition beschließt eine Neuordnung für Lemmitten an Berliner Schulen. Sozial Schwache brauchen auch weiterhin keinen Eigenbeitrag leisten. **Juni:** Mit den Gewerkschaften wird ein neuer Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst in Berlin abgeschlossen. PDS wählt auf einem Sonderparteitag in Berlin Lothar Bisky zum neuen Vorsitzenden. Berliner PDS stellt einen Dokumenten-Band »Die Klasse in Aufruhr« zur Geschichte des 17. Juni 1953 vor. **Juli:** Bundestag beschließt den beschleunigten Aufbau des Berliner Stadtschlösses. Berliner Bankeninitiative startet Volksbegehren. **September:** Abgeordnetenhaus beschließt »Opern-Stiftung«. Das Land Berlin klagt in Karlsruhe auf Hilfe bei der Entschuldung. **Oktober:** Landeshaushalt für die Jahre 2002/2003 wird für verfassungswidrig erklärt. CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen hatten geklagt. Der Haushaltsentwurf für 2004/2005 muss neu beraten werden. **November:** Abgeordnetenhaus beschließt ein »Gesetz über die Einrichtung eines zentralen Personalüberhangmanagements« (Stellenpool). **Dezember:** Landespflegegeld-Gesetz wird geändert, bleibt aber mit seinen zum Teil bundesweit einmaligen Leistungen erhalten. Blindengeld wird abgesenkt. Bundestag beschließt Steuerreform zu Lasten der Länder. Rot-Rot in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern stimmen Hartz-Gesetzen im Bundesrat nicht zu.

2004

Januar: Neue sozial gestaffelte Kita-Gebühren und Schulgesetz treten in Kraft. **Februar:** »Graue Panther« starten Volksbegehren für vorgezogene Neuwahlen in Berlin. Dem schließen sich die Gewerkschaft der Polizei und Taxifahrer an. **März:** SPD und PDS einigen sich auf einen Kompromiss im so genannten Kopftuch-Streit. Abgeordnetenhaus beschließt neue Regeln, die den Besitz von Cannabis partiell entkriminalisieren. **April:** Abgeordnetenhaus beschließt Doppelhaushalt für die Jahre 2004/2005. Landesparteitag der PDS lehnt Studienkonten ab. Harald Wolf und Heidi Knake-Werner verhandeln mit der BVG um die Wiedereinführung von ermäßigten Tickets. Senator Peter Strieder (SPD) tritt in Folge der so genannten Tempodrom-Affäre von allen Ämtern zurück. Nachfolgerin wird die bisherige Staatssekretärin Ingeborg Junge-Reyer (SPD). Koalitionsfraktionen bringen Anträge zur Schaffung eines Korruptionsregisters und für einen Corporate Governance Kodex ein. **Mai:** »1. Mai in Kreuzberg« verläuft weitgehend ohne Krawalle. Fraktionen von SPD und PDS unterbreiten Vorschläge zur Änderung der Verfassung von Berlin zur Einführung von Volksentscheiden in



Berlins Olympiabewerbung für 2000 trifft 1993 auf wenig Zustimmung bei den Berlinerinnen und Berlinern. Die PDS (im Bild Eva Müller) unterstützt den Protest. Am 23. September, 20.15 Uhr, fällt die Entscheidung »the winner is Sydney«. © Hartmut Seefeld

Wie der WTF Einzug hielt

Die ersten Schritte zu einer funktionierenden Geschäftsstelle Von Uwe Melzer

Da hatten wir am 6. Mai 1990 bei der Wahl zur Ostberliner Stadtverordnetenversammlung also mehr als 30 Prozent der Stimmen gewonnen und eine Fraktion, die so schnell wie möglich losarbeiten wollte. Erfahrungen, was dazu – außer gutem Willen – alles nötig war, hatten wir kaum. Wie meldet man einen Betrieb an oder wo erhält man zum Beispiel eine

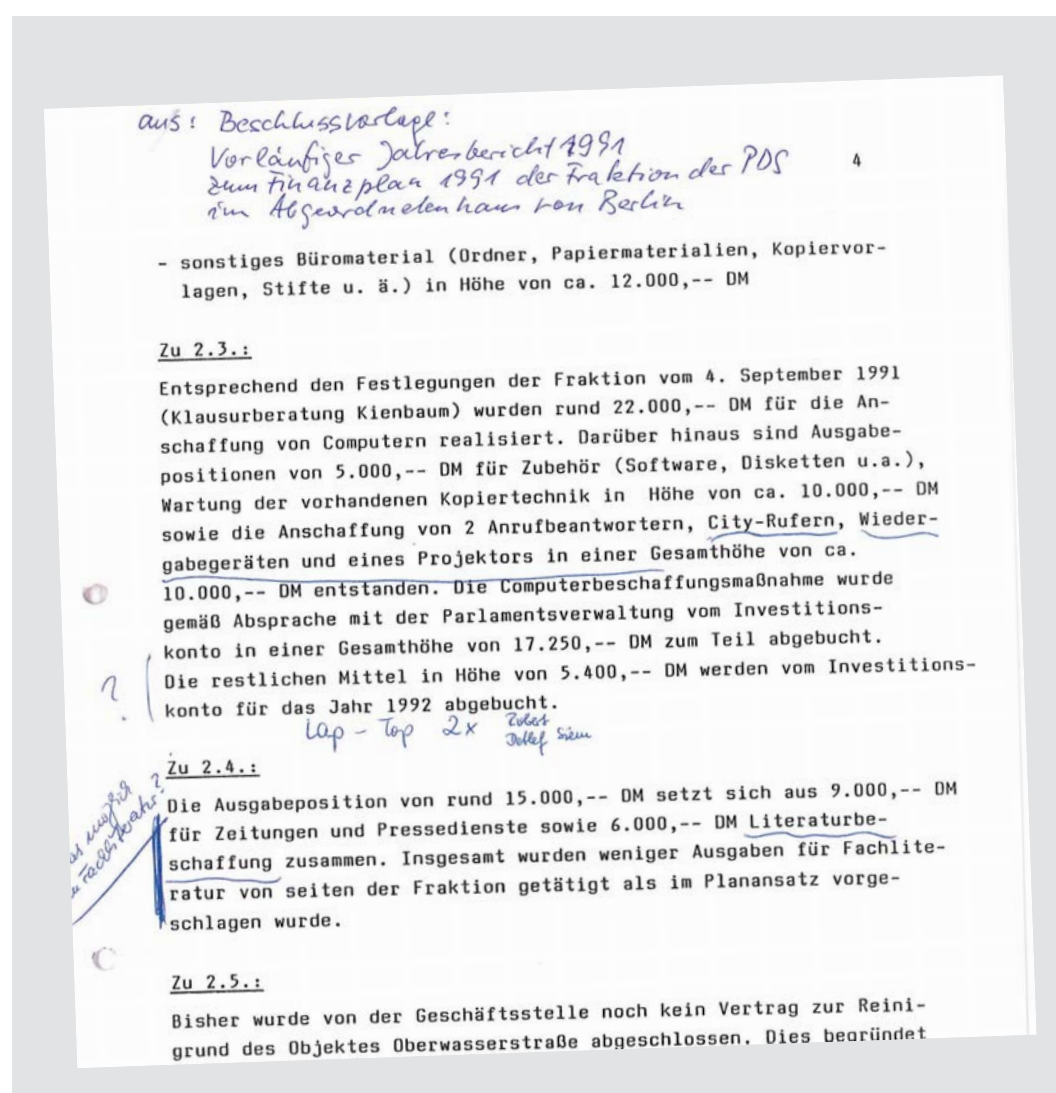
Beziehungen Parlament-Fraktion-Abgeordnete-Angestellte? Die Räumlichkeiten im Roten Rathaus reichten nicht aus. Deshalb mieteten wir zusätzliche Büroräume in der Oberwasserstraße (ehemaliges ZK-Gebäude der SED).

Die Fraktion konnte schrittweise immer mehr Angestellte einstellen. Sie begann faktisch mit vier Genossinnen und Ge-

les brauchte es eine funktionierende Geschäftsstelle. Die Fraktion kaufte als Erstes von der Partei zwei elektrische Schreibmaschinen, noch keine elektronischen wie bei anderen Fraktionen, die von Anbeginn direkte materielle, personelle und finanzielle Hilfen aus Westberlin bzw. aus der BRD erhielten. Unsere Vervielfältigungstechnik: Blaupapier. Rechentechnik für



© privat



Bis heute eine komplizierte Materie: Die Finanzen der Fraktion

Betriebsnummer, um die Löhne und Gehälter abrechnen zu können? Welche Fraktionszuwendungen würde es geben? Was sind die Berechnungsgrundlagen? Welche werden bereits morgen wieder über Bord geworfen? Und welche regeln die

nossen, und Ende 1990 waren es bereits zehn Angestellte: Sekretärinnen, ein Kraftfahrer, Sachbearbeiter, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ein Geschäftsführer.

Wir waren in einem permanenten Lernprozess, und für al-

die Buchhaltung und Gehaltsberechnung: eine mechanische Rechenmaschine. Telefonapparate mit Drehwahlscheiben wurden zur Verfügung gestellt – gute DDR-Standardtechnik.

Am 2. Juli erfolgte die Währungsumstellung auf »West-

geld«. Und mit der D-Mark hielt der wissenschaftlich-technische Fortschritt Einzug in die Geschäftsstelle der Fraktion. Im Laufe der folgenden Wochen und Monate konnte neue Technik angeschafft werden: Kauf von zwei elektronischen Schreibmaschinen aus dem Fundus der PDS, Kauf von vier elektronischen Taschenrechnern, Anschaffung eines ersten Personalcomputers mit solider DOS-Software (galt lange eher als Objekt des Bestaunens denn des praktischen Anwendens), ein moderner Kopierer mit westlichem Standard, Kauf von drei »Knochen«, Vorläufer der heutigen Handys (jeweils 1,2 kg schwer), plus Ladegerät in Reichweite (2,2 kg schwer). Es wurden drei Fahrzeuge für die Fraktionsarbeit geleast: Marke Renault, was damals zu heftigen Anfeindungen, auch von verantwortlichen Beamten, führte. Wir hätten ein deutsches Produkt kaufen sollen, der deutschen Arbeitsplätze wegen, hieß es.

Hilfreich war in dieser Zeit auf jeden Fall die Unterstützung vieler Genossinnen und Genossen aus dem Westteil der Stadt. Nicht zuletzt wegen der wertvollen Hinweise zur besseren technischen Ausstattung der Geschäftsstelle. – Kaum noch vorstellbar, so ein Anfang, wenn man heute hinter seinem hoch auflösenden Flachbildschirm am Computer sitzt ... ■

Uwe Melzer ist Geschäftsführer der Fraktion.

Die Neugier hat jedes Mal gesiegt

Spannende Stationen: Fraktionsmitarbeiterin – Stadträtin – Senatorin Von Katrin Lompscher

Vor inzwischen 14 Jahren begann ich bei der Fraktion als wissenschaftliche Mitarbeiterin zu arbeiten. Nach dem sehr guten Wahlergebnis vom Oktober 1995 wurden Fachleute für die größere Fraktion gesucht. Schon auf der Wahlparty versuchten Carola (damals) Freundl und Thomas Flierl, die ich beide aus Berlin-Mitte kannte, mich für eine solche Perspektive zu begeistern. Einerseits ein verlockendes Angebot, andererseits ein Schritt ins Ungewisse aus einer gesicherten beruflichen Position. Das Nachdenken dauerte, die Neugier siegte, so dass ich im März 1996 startete.

Inzwischen war Carola neben Harald Wolf Fraktionsvorsitzende. In den Bereichen Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr und Umwelt tummelten sich etliche Abgeordnete: Jutta Matuschek und Bernd Holtfreter, Eva Müller und Delia Hinz, Freke Over und Jochen Querengässer. Auch mit Michail Nelken und Marion Seelig hatte ich häufiger, mit Benjamin Hoff und Klaus Lederer gelegentlich zu tun. Natürlich gab es – trotz Oppositionszuschlag – auch damals viel weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Abgeordnete. Es war also nicht ganz einfach, den vielfältigen Anfragen und Wünschen gerecht zu werden und zugleich kontinuierlich an Themen zu arbeiten. Ich fand es übrigens gut, dass die Fraktion seinerzeit Arbeitskreise bildete, um sich besser zu organisieren und politische Prioritäten zu bestimmen. Es gab trotzdem leidenschaftliche inhaltliche De-

batten in der Fraktionsversammlung und auch eine gute, themenübergreifende Kooperation.

Die Abgeordneten waren in ihrer Arbeitsweise und in ihrem Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr verschieden. Einige konnten bzw. machten alles selbst, andere erwarteten neben der inhaltlichen Arbeit auch eine perfekte Büroorganisation, was entschieden nicht meine Stärke war. Ich hoffe, dass ich bestehende Defizite durch fachliche und soziale Kompetenz halbwegs ausgleichen konnte.

In der Wahlperiode bis 1999 gelang es nach meiner Erinnerung mehr und mehr, ernst zu nehmende stadtpolitische Positionen zu entwickeln und dafür Gehör und Verbündete zu finden. Insofern folgerichtiger zog wir nach der Wahl 1999 erneut gestärkt ins Parlament ein und fanden uns nach turbulenten zwei Jahren, in denen die große Koalition nicht ohne unser Zutun zusammenbrach, am Verhandlungstisch zur Regierungsbildung wieder. Dass wir die Verhandlungen nach knapp zwei Wochen erfolgreich abschließen konnten, stellt allen seinerzeit Beteiligten ein gutes Zeugnis aus.

Ich verließ danach die Fraktion und wurde Ende 2001 zur Stadträtin für Stadtentwicklung in Lichtenberg gewählt. Hier erkannte ich schnell, dass mein Unbehagen aus Oppositionszeiten gegenüber der Berliner Verwaltung unbegründet war. Es geht dort weder streng noch zu geknöpft zu, was ich heute auch

als Senatorin sehr zu schätzen weiß.

In den Jahren bei der Fraktion habe ich viele kluge Menschen getroffen, mit denen mich bis heute viel verbindet oder die ich wie Bernd Holtfreter in sehr guter Erinnerung behalten

werde. Viele Gründe, Danke zu sagen und Herzlichen Glückwunsch zum 20. Geburtstag. ■

Katrin Lompscher ist für DIE LINKE Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz in Berlin



Auch Jens-Peter Heuer ist es nicht gelungen, im Hintergrund zu bleiben: Erst Stadtrat in Mitte und heute Staatssekretär im Wirtschaftssenat © Neues Deutschland, Ausgabe vom 19./20. September 1992

Chronik

den Bezirken und zur Absenkung des Wahlalters. **Juni:** PDS-Fraktion stimmt der im Koalitionsvertrag vereinbarten Veräußerung einer Wohnungsbaugesellschaft an private Investoren zu. Der GSW-Verkauf ist ein Notlagenverkauf. PDS verbindet die Zustimmung mit umfangreichen Mieterschutzmaßnahmen. Vivantes bleibt als kommunales Krankenhausunternehmen erhalten. **Juli:** Berlin stimmt im Bundesrat den Hartz IV-Regelungen und dem Zuwanderungskompromiss nicht zu. PDS-Fraktion spricht sich für den Erhalt des ORWO-Hauses als einen Ort der lebendigen und jungen Musikszene aus. **August:** Montagsdemos gegen Hartz IV erreichen in Berlin ihren Höhepunkt. **September:** Fraktion stellt auf Klausur Konzepte für kommunale Beschäftigungspolitik und zur Förderung des Gesundheitsstandorts vor. Gäste sind die Chefs der IHK und der Handwerkskammer. Entwurf von SPD und PDS für Hundegesetz sieht keinen generellen Leinenzwang für Hunde vor. Einrichtung bezirklicher Ordnungsämter. **Oktober:** PDS und SPD verständigen sich mit dem Senat auf Wiedereinführung eines Sozialtickets ab Januar 2005. **Dezember:** Leichtathletik-Weltverband entscheidet, Weltmeisterschaft 2009 in Berlin auszutragen. Rot-Rot hat Arbeit der Stadtteilzentren erneut für drei Jahre gesichert. BVG stimmt der Wiedereinführung des Sozialtickets zum halben Monatskartenpreis zu. Berliner Obergericht bestätigt die Entscheidung der rot-roten Koalition zur Beendigung der unsozialen Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau. Volksbegehren gegen den rot-roten Senat scheitert an zu wenigen Unterschriften.

2005

Januar: Anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz fordert PDS, dem wachsenden Antisemitismus entschieden entgegenzutreten. Frauenanteil in Aufsichtsräten der Berliner Landesunternehmen ist unter dem rot-roten Senat von sechs auf 28 Prozent gestiegen. **Februar:** Wissenschaftler Rolf Reissig legt unter dem Titel »Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand« eine Studie vor, die den Kurs der PDS in der Stadt stützt und viel diskutiert wird. **April:** Berliner PDS stellt auf ihrem Parteitag Konzept für eine »Soziale Stadt« vor. PDS-Senator Flierl stellt Gedenkprojekt Berliner Mauer vor. **Mai:** MyFest in Kreuzberg – friedlichster 1. Mai. PDS-Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner setzt eine Wohnregelung durch, die verhindert, dass es in Berlin zu massenhaften Umzügen von Alg II-Empfangenden kommt. 60. Jahrestag der Befreiung: Fest der Demokratie, Nazi-Aufmarsch verhindert. 10. Karneval der Kulturen. Nach verlorenener Landtagswahl in NRW kündigt Bundeskanzler Gerhard Schröder vorgezogene Bundestagswahlen für den Herbst an. **Juni:** Streik bei der BVG verhindert, Bestandsgarantie des Landesunternehmens bis 2020. Am Christopher-Street-Day nimmt Berliner PDS mit einem eigenen Wagen teil. **August:** PDS benennt sich um. Die Berliner Fraktion heißt nun »Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus«. **September:** Bei Bundestagswahl zieht die Linkspartei. PDS mit 8,7 Prozent in den Bundestag ein. In Oberschöneweide beginnt Bau des neuen Campus für die FHTW. Entwurf zum Straßenausbaubeitragsgesetz wird im Senat eingebracht. Linkspartei. PDS-Fraktion verbindet Zustimmung mit der sozial gerechten Ausgestaltung des Gesetzes sowie der besseren Beteiligung von Anliegern. **November:** Letztes Kitajahr vor Schulbeginn wird 2007 kostenfrei. Auf Betreiben der Linkspartei. PDS und der SPD werden zusätzlich 10,8 Millionen Euro in den Haushaltsplan des Landes eingestellt. Auf Bundesebene einigen sich CDU und SPD auf einen Koalitionsvertrag. Angela Merkel wird zur Bundeskanzlerin gewählt. **Dezember:** Klaus Lederer neuer Vorsitzender der Linkspartei. PDS. Koalition beschließt Doppelhaushalt 2006/2007 für Berlin.

2006

Januar: Auf Fraktionsklausur stellt die Linkspartei. PDS Konzept für die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems in Berlin und die Einführung einer integrativen Schule nach skandinavischem Modell vor. Bundestag stimmt erneut für Abriss des Palastes der Republik. **Februar:** Beziehungen zwischen Berlin und Evangelischer Kirche Berlin-Brandenburg werden in einem Staatsvertrag geregelt. **März:** WASG in Berlin beschließt nach einem knappen Ergebnis ihrer Urabstimmung, allein zur Wahl im Herbst anzutreten. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts macht Weg für den Flughafen Berlin-Brandenburg International BBI in Schönefeld frei und leitet Schließung von Tegel und Tempelhof ein. Rot-rote Koalition beschließt Einführung eines neuen Unterrichtsfachs Ethik zum kommenden Schuljahr. **September:** Erster Spatenstich für Flughafen BBI. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus erfährt die Linke. PDS eine Niederlage. **Oktober:** Rot-Rot versucht es erneut. Die Linke geht mit konkreten Projekten in die Verhandlungen: für besseres Schulsystem, für gut geführte Landesbetriebe und für öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Bundesverfassungsgericht lehnt am 19. Oktober ab, Berlin beim Abbau seiner Schulden Hilfe zu gewähren. **November:** SPD und Linkspartei unterzeichnen Koalitionsvertrag.

2007

Februar: Gesundheitssenatorin Katrin Lompscher legt ein Nichtraucherschutzgesetz vor. Auch Abgeordnetenhaus nun rauchfrei. **März:** Fraktion und linke SenatorInnen suchen Gespräch mit Vattenfall, um den Bau eines Kohlekraftwerks zu verhindern. **April:** Bundesverfassungsgericht bestätigt die Bedeutung des Ethik-Fachs für Integration in Berlin. **Mai:** Proteste gegen den bevorstehenden G8-Gipfel in



Bester »Nachrücker«

Steffen Zillich (Jahrgang 1971) ist jener Abgeordnete, der am häufigsten durch »Nachrücker« in der Fraktion landete. So lange für ihn kein Platz frei geworden war, studierte er, nahm Honoraraufträge und Gelegenheitsjobs an, auch für die Fraktion. »Irgendwie war immer absehbar, dass ich nachrücker«, sagt er heute. Für den Fraktionsvorsitzenden Udo Wolf der Beweis dafür, dass man Steffen Zillich bei Wahlen immer wohl überlegt auf der Landesliste platzieren müsse, denn alle vor ihm kämen rein.

Dienstältester Jüngster

Als Benjamin-Immanuel Hoff im Februar 2006 seinen 30. Geburtstag feiert, hatte er, wie die Berliner Zeitung schrieb, schon Folgendes abgehakt: Er war der jüngste Abgeordnete, den Berlin je hatte, und er saß zu diesem Zeitpunkt bereits elf Jahren im Parlament. Zwischendurch hat er sein Studi-

um beendet und seine Dissertation (450 Seiten) abgeschlossen. Danach, heißt es, habe er sein Leben entschleunigt. Heute ist er Staatssekretär, verheiratet und Vater. Tja, auch älter geworden.

Politiksüchtiger Aussteiger

Da haben alle nicht schlecht gestaunt, als sie in der Zeitung lasen, dass Freke Over Ambitionen hatte, Bürgermeister von Rheinsberg zu werden. Und überhaupt lebt er in seinem brandenburgischen Domizil keineswegs so zurückgezogen aus der Politik, wie er es nach den ersten Regierungsjahren in Berlin offenbar wollte. Vom Hausbesitzer zum Hausmeister und Hofbesitzer war die Devise. Aber er konnte es einfach nicht lassen, musste sich um die Schülerbeförderung kümmern.



Linker Manager

Als es 2006 kein Abgeordnetenmandat für ihn gab, fing Gernot Klemm an, die Runden der Fraktionsvorsitzenden – spricht FVK – zu koordinieren. Und weil die Linken immer erfolgreicher wurden und auch im Westen in immer mehr Landtage einzogen, die Zahl der Fraktionsvorsitzenden also in die Höhe schnellte, bekam er immer mehr zu tun. Denn als Mann mit Erfahrung managte er all die Dinge, die eine Fraktion braucht, um ordentlich arbeiten zu können. Das brachte ihm viel Anerkennung ein, sogar ein großes Porträt in der beliebten Zweitzeitung »Financial Times«.



Wahlperiode	Platz auf der Landesliste	Nachrückerplatz	nachgerückt am/für
12. (1990–1995)	13.	1.	1.9.1991/Wolfram Adolphi
13. (1995–1999)	14.	4.	6.11.1998/Petra Pau
14. (1999–2001)	Bezirkslisten		Gewählt über BL Kreuzberg
15. (2001–2006)	10.	2.	7.8.2002/Gregor Gysi
16. (seit 2006)	16.	1.	16.4.2007/Heidi Knake-Werner

Chronik

Heiligendamm. Berlin erzielt massives Steuerplus, auch ein Effekt der Konsolidierungsanstrengungen. **Juli:** Rot-Rot beschließt zum 1. Januar 2008 kostengünstiges Mittagessen für 23 Euro im Monat an allen gebundenen Ganztagsgrundschulen. **August:** Landesbank Berlin an Deutschen Sparkassen- und Giroverband für 5,3 Milliarden Euro verkauft. **November:** 22 Schulen aus sieben Bezirken in 15 Projekten wollen Gemeinschaftsschule werden. Rot-Rot beschließt einen Projektfonds für kulturelle Bildung. **Dezember:** Das Bundesverwaltungsgericht bestätigt die rechtmäßige Schließung des Flughafens Tempelhof zum 31.10.2008.

2008

Januar: Umweltauflage wird eingeführt. **Februar:** Auf ihrer Klausur stellt die Fraktion das Konzept für einen Berlinpass vor. **März:** Rot-Rot stellt im Beamtenrecht Lebenspartnerschaften der Ehe gleich. **April:** Befürworter der Offenhaltung des Flughafens Tempelhof scheitern beim Volksentscheid am 27. April. **Mai:** Berlin stimmt als einziges Bundesland im Bundesrat nicht dem EU-Vertrag von Lissabon zu. **Juli:** Nach Bundesverfassungsgerichtsurteil muss Berlin Nichttrauschutzgesetz überarbeiten. **November:** Für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst bringt die Einigung im Tarifkonflikt eine Erhöhung der Sockelbeiträge um 65 Euro.

2009

Februar: Bundesregierung hat gegen Berlin Klage wegen zu hoher Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfangende eingereicht. **April:** Berlin hat sich beim Volksentscheid mehrheitlich für den gemeinsamen Ethikunterricht und den freiwilligen Religionsunterricht entschieden. **Mai:** Havarien bei der S-Bahn. **Juli:** S-Bahn muss wegen technischer Defekte faktisch die Hälfte ihrer Wagenflotte aus dem Verkehr ziehen, Folge des geplanten Börsengangs der Eigentümerin Deutsche Bahn AG. **August:** Entwurf zum Klimaschutzgesetz löst stadtweit Debatten aus. Fraktion beschließt, dass sie in den kommenden Haushaltsberatungen für mehr Geld für Bildung, Bezirke und den Öffentlichen Dienst streiten wird. **September:** Bei der Bundes...

(... Anmerkung der Redaktion: Wir haben schon sooo viel weggelassen, und es passt immer noch nicht. Fortsetzung folgt in der Bilanz 2011.)

Impressum Fraktion Die Linke im Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin
kontakt@linksfraktion-berlin.de
Redaktion: Kathi Seefeld (V.i.S.d.P.), Leonore Dietrich
Grafik: Thomas Herbell
Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Berlin, April 2010
Auflage: 300



Die Fraktion, ihre Senatorinnen und ihr Senator, 2006 im Abgeordnetenhaus © Michael van der Meer

Wolfgang Wieland (Bündnis 90/Die Grünen)
am 24. Januar 1991:
»Ich warte auf die Selbstabwicklung der PDS!«

abgeordnet und mitarbeitend

Adolphi Wolfram (1990 – 1991); Albers, Wolfgang (seit 2006); Anding, Kerstin (1995–2001); Ansoerge, Peter † (1990–1991); Baba-Sommer, Evrim (1999–November 2001, seit Dezember 2001); Bähler, Marcel (1990–1991); Barth, Margrit (seit 1995); Baum, Elke (1995–1999); Bethke, Angela (1990–1991); Brauer, Wolfgang (1990–1991, seit 1999); Breitenbach, Elke (seit 2001); Czollek, Michael † (1992–1995); Dannies, Klaus (1990–1991); Doering, Uwe (seit 1995); Dornberger, Peter (1991–1995); Dörre, Karin (1990–1995); Dott, Minka (1995–2006, seit März 2009); Falkenberg, Marianne (1990–1991); Flierl, Thomas (1995–1998, 2001–2003, seit 2006); Freund/Bluhm, Carola (1990–2009); Friedersdorff, Wolfram (1990–1991); Giessmann, Barbara (1990–1991); Girmus, Wolfgang (1990–2001); Gysi, Gregor (2001–2002); Hartmann, Hanns-Peter (1995); Heinrich, Ursula (1990–1991); Herer, Elke (1990–1999); Hiller, Gabriele (seit 2001); Hinz, Delia (1995–2006); Hoff, Benjamin-Immanuel (1995–2006); Holtfreter, Bernd † (1995–2003); Holzheuer-Rothensteiner, Bärbel (seit 1998); Honert, Hans-Werner (1990–1991); Hopfmann, Karin (1995–2006); Horn, Heiko (1990–1995); Jopt, Andreas (1990–1991); Kaczmarczyk, Walter (1995–2006); Karci, Kadriye (seit 2010); Kellner, Horst (1991–1999); Klante, Torsten (1990); Klein, Dieter † (1990–1999); Klemm, Gernot (1995–2006, seit November 2009); Klier, Cornelia (1990–1991); Knake-Werner, Heidi (Oktober 2006–April 2007); Knopf, Birgit (1990–1991); Krüger, Marian (1999–2006); Kucklinski, Jürgen (1990–1991); Kühnau, Karl-Heinz (1990–1991); Lakomy, Monika (1990–1991); Lamberz, Katja (1990–1991); Lauterbach, Jürgen (1990–1991); Lederer, Klaus (seit 2003); Liebich, Stefan (1995–Oktober 2009); Lötzsch, Gesine (1991–2002); Luft, Johannes † (1990–1991); Matuschek, Jutta (seit 1995); Mebel, Moritz (1990–1991); Meves, Heike (1990–1995); Michels, Martina (seit 1990); Müller, Eva (1990–1999); Naumann, Thomas (1990–1991); Nelken, Michail (1995–2006); Nowak, Jürgen (1991–1992); Nuß, Hannelore (1990–1995); Over, Frederik (1995–2006); Pau, Petra (1995–1998); Pech, Bettina (1991–1995); Pewestorff, Norbert (1991–1999, 2001–2006); Platta, Marion (seit 2006); Pohle, Dagmar (1990–1999); Querengässer, Jochen (1995–2001); Sayan, Giyasettin (seit 1995); Schaub, Siglinde (1995–2006); Schlaak, Uwe (1990–1991); Schmidt, Elisabeth (1991 – 1995); Schneider, Dirk † (1991); Schneider, Michael (1999–2001); Schulze, Stefanie (1999–2009); Schwioger, Jürgen (1990–1991); Seelig, Marion (seit 1991); Simon, Ingeborg (1995–2006); Sondermann, Roderich (1990–1991); Spindler, Jan (1999–2006); Steinborn, Sigrun (1991–1995); Udhardt, Edith (1995–1999); Vordenbäumen, Vera (Mai 2003–2006); Wagner, Heide-Lore (1990–1991); Wechselberg, Carl (2003–2009); Weiß, Mari (seit 2007); Wolf, Harald (1991–2002, 2006–2007); Wolf, Udo (seit 2001); Zillich, Steffen (1991–1995, November 1998 bis November 2001, August 2002 bis Oktober 2006, seit April 2007); Zimmering, Ronald (1990–1991); Zorn, André (1990–1991); Zotl, Peter-Rudolf (seit 1990)

Zotl-Clan plündert Stadtkasse

Es war zu erwarten, daß die PDS in ihrer nostalgischen Beschränktheit nichts unversucht lassen würde, Sand ins neue Berliner Getriebe zu streuen. Bei ihrem ohnehin zweifelhaften Verhältnis zum Geld wird es auch niemanden verwundern, wenn die Zotl-GenossInnen wie weiland Wilhelm Voigt selbst den Griff in die Stadtkasse nicht scheuen. Glücklicherweise informierte SPD-Fraktionschef Knut Herbst rechtzeitig vor der Wahl die Presse. Um 27 Tausend Deutsche Märker soll es sich handeln, denn um soviel wird jedesmal das Ostberliner Stadtsäckel geschröpft, wenn die Stadtverordneten beieinander sitzen. Und da ausgerechnet die PDS zur Sitzung blies, nur, weil sie wegen der Ereignisse in der Mainzer Straße Mißtrauen gegen den SPD-Oberbürgermeister hegte, liegt der Fall wohl klar auf der Hand. Allerdings, bei der PDS weiß man nie, wie weit die Gemeinheit wirklich geht. Diesem Herrn Zotl würde ich gar zutrauen, daß er eine billige Retourkutsche fährt. Etwa mit der böartigen Bemerkung, die Stadtverordneten hätten auch schon tagen müssen, um das von SPD und CDU durchgepeitschte verfassungswidrige Wahlgesetz zu korrigieren. Möglicherweise kommt Herr Zotl gar auf die Idee, die veranschlagten Sitzungsgelder mit den 10 Millionen Polizeieinsatzkosten zu vergleichen. Eine absolute Gemeinheit wäre es allerdings, würde die PDS ihr Versprechen einlösen und ihr Geld aus dieser Sondersitzung einem gemeinnützigen Zweck, sagen wir mal einem Kinderheim, übergeben: Genau das aber erklärte im Namen seiner Fraktion besagter Herr Zotl. Noch dazu öffentlich, in die mitlaufenden Mikrofone des Berliner Rundfunks, obwohl sich die Präsidentin der SVV redlich mühte, dies zu verhindern.

Rainer Brandt

Beitrag aus »Berliner Linke«, Nummer 14/1990 Repro

In Klausur: Die Fraktion auf Reisen

2010	Groß Dölln
2009	Berlin
2008	Templin
2007	Dessau
2006	Berlin
2004	Szczecin
2003	Rheinsberg
2002	Groß Dölln
2001	Schwerin
2000	Klink/Müritz
1999	Klink/Müritz
1998	Berlin-Spandau
1997	Biesenthal
1996	Ostseebad Dierhagen
1995	Kolberg (Brandenburg)
1994	Berlin, Berlin
1993	Kleinmachnow, Berlin
1992	Lychen, Berlin
1991	Berlin, Kienbaum und Prieros
1990	Wandlitz

zwanzigplus

Titel, die wir nicht verwendet haben

Damals wie heute dabei

Grüppchen: Gemeinsame linke Politik für Berlin

Präsent 20
Endlich erwachsen!
Das war's. Noch lange nicht Peter und die Wolfs
Ab jetzt: Creme 21
Vor der Kür kommt die Pflicht
Da sind wir aber immer noch ...
Je oller, je doller
Mehr Inhalt pro Wort

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Barthel, Thomas; Basu, Biplob; Bohl, Peter; Brangsch, Petra; Breitkopf-Seiger, Michael; Brendgens, Guido; Brönerhorst, Elke; Brönerhorst, Ines; Brosow, Elke; Brüggma, Margit †; Bunschuh, Peter; Daniljuk, Malte; Dietrich, Leonore; Duderstaedt, André; Einecke, Ute; Elias, Helga; Enke, Thomas †; Faehse, Birgit; Fährmann, Andreas; Fischer, Corinna; Florin, Maxim; Framke, Katrin; Fried, Barbara; Friedrich, Peter †; Gerlach, Claus; Grell, Katharina †; Gropp, Silvia; Häußler, Dora; Heuer, Jens-Peter; Jösting-Schüsler, Lothar; Kaulitzki, Marion; Kläring, Torsten; Kolodziej, Günter; Kotschi, Reinhardt; Kretzschmar, Andreas; Krückles, Malte; Kuttner, Gabriele; Leuschner, Petra; Lippmann, Hannelore; Lompscher, Katrin; Mai, Angelika; Martiensen, Kathrin; Melzer, Uwe; Nehring-Venus, Almuth; Priezel, Alexa; Reimann, Lutz; Reuter, Elke; Römer, Thomas; Schäfer, Jürgen; Scheuplein, Christoph; Schiffers, Angelika; Schlüsselburg, Sebastian; Scholz, Robert; Schrader, Mathias; Schrader, Niklas; Schrader, Petra; Schulze, Tobias; Seefeld, Kathi; Siem, Detlef; Singer, Klaus; Stegemann, Uwe; Tosse, Nikolas; Wallrodt, Ines; Weise, Katharina; Welskop, Frank; Zahn, Dieter

Danke!

Die Fraktion dankt allen, die für diese Zeitung alte Kisten und Ordner nach Material

durchstöberten, die in kürzester Zeit im Gedächtnis gekramt und Texte formuliert haben. Ein Dankeschön auch an die Kolleginnen und Kollegen der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

des Abgeordnetenhauses, des Landesarchivs Berlin und vom Neuen Deutschland, die uns unkompliziert bei der Suche nach Fotodokumenten behilflich waren.